

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 97

Nov./Dez. 2019



Mein Celle kann mehr

INHALT

Von Wahlversprechen und Verwaltungsdiktatur	
Nigge: Celle kann vor allem weniger	3
Fridays for Future	
Uns schmilzt die Zeit – Handelt!	6
Kampagne gegen BUND und Verbandsklagerecht	
Und alle: BUND – Nein Danke!	
8KSchwarz-grün im Rat für Schließung	
Schul-“Reform“: Aus vier mach zwei	9
Mietwert-Gutachten – Skandal beenden	12
ver.di erwartet fast 300 Kündigungen	
AKH-Gruppe auf „Sanierungskurs“	13
Meldungen	14
Laternen: Die Welt wird enger mit jedem Tag	16
Rheinmetall entwaffnen – kleiner Rückblick	18
Widerstand in Sardinien und Südafrika	19
Zum Klima-“Päckchen“ der GROKO	21
Klima beschäftigt Kommunalpolitik	23
Antisemitismus – ... nicht mehr hinnehmen	24
Endlich Zwischenkundgebung direkt bei Nahtz	25
Schlosstheater: Aus dem Nichts	27
Oskar Ansull's literarische Sichtung in vier Teilen	
Heimat, schöne Fremde	28
Film-Interview zu „An den Rändern der Welt	30
Film „Mär“ / Kalter Krieg & heißer Beat	32
Revista-Kneipenquiz am 1. Advent	33
Kino, Veranstaltungen & Konzerte	34



Hallo werte Leser*innenschaft,

Manchmal ist es ein bisschen ärgerlich, dass wir uns sklavisch daran halten, das Heft jeweils pünktlich zum Anfang der Monate Februar, April, Juni, September und November fertig zu haben. Dieses mal war der Redaktionsschluss am 17.10., so dass manches, was wir zum Krieg gegen Nord- und Ostsyrien schreiben würden, überholt sein könnte, wenn das Heft die Druckerei verlässt. Deshalb gibt's trotz der vielfältigen Protestaktionen in unserer Stadt nur eine Reflexion in den Laternengesprächen.

Dass wir uns ausführlich mit OB Nigge beschäftigen, hat Gründe: Wir meinen, es hat sich nach OB Mende etwas verändert. Wo es diesem (jedenfalls meistens) ein Anliegen war, mit Transparenz und Argumenten zu überzeugen und um Mehrheiten zu werben, ist dieses Zugehen auf Bevölkerung und Rat unter Nigge verkümmert. Ach nein, Nigge geht ja auf Bevölkerung zu – nämlich auf die Ostumgehungs-Befürworter*innen, wobei das Neutralitätsgebot, auf das er sich vordem einmal berief, als es gegen Nazis gehen sollte, nicht mehr zählt.

Am 1. Advent veranstalten wir die zweite Runde des revista-Kneipenquiz, um neben dem Spaß auch wieder Spendengelder einzuwerben. Ein Dank in diesem Zusammenhang an I. und H., die unserem Blatt mit ihren Daueraufträgen eine Stütze sind.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

Nigge: Celle kann vor allem weniger

Dass Wahlversprechen im Nachhinein gebrochen werden, ist bekannt und üblich. Eine zusätzliche Variante hatte uns 2016 der Oberbürgermeisterkandidat Jörg Nigge vorgeführt. In der revista #81 hatten wir kurz vor der Oberbürgermeisterwahl Plagiate des Kandidaten Nigge aufgedeckt. Viele Ankündigungen in seinem Programm „Celle kann mehr“ waren in großen Teilen wortgleich aus der Wahlkampfbroschüre der damaligen Kölner Oberbürgermeisterin Reker geklaut. So wurden durch Nigge nicht nur die Wähler*innen getäuscht, sondern einfach über das Recht hinweggegangen. Die von Reker geklauten Texte waren von ihr gekennzeichnet durch das Urheberrecht geschützt. Kackfroh wurden die Plagiate seinerzeit als geistiges Eigentum von Dr. Jörg Nigge umetikettiert: „...Werke sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung dieser Werke durch Dritte ohne Erlaubnis ... ist rechtswidrig und kann rechtliche Folgen nach sich ziehen.“ Reker hatte nichts dagegen und auch 14.134 von den 56.471 Wahlberechtigten fanden es unerheblich und wählten Nigge am 25. September 2016 zum Oberbürgermeister der Stadt Celle.



Nach knapp drei Jahren Amtszeit haben wir uns jetzt mal den Spaß erlaubt, die plagiierten Wahlkampfaussagen mit dem Handeln von Dr. Jörg Nigge zu vergleichen:

Köln ist doch wohl irgendwie anders

Nigge 2016: „Ich lade für die nächsten Jahre alle demokratischen Kräfte zu einer offenen Diskussion mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein, um Mehrheiten für gute und zukunftsfähige Lösungen zu finden. Nicht Blockbildung und Hinterzimmer dürfen entscheidend sein, sondern die besseren Ideen und Argumente.“

Eins hat Nigge bis heute nicht verstanden: Dass auch die bessere Idee eine Mehrheit im Rat benötigt. Und dass dafür die eine oder der andere überzeugt werden muss. Und dass manchmal auch ein Kompromiss zu Mehrheiten führen kann. Nigge scheint all dies nicht zu interes-

sieren. Mal „hoffen“ er und sein Block aus CDU/FDP/Unabhängige auf die AfD (Abgabe der Jugendhilfe), mal auf B '90/Die Grünen (Grundschulstruktur), mal auf die SPD (Grundsteuererhöhung). Damit ist er bis auf Ausnahmen erfolgreich, aber mit konsistenter Politik hat das nichts zu tun.

Auf der anderen Seite bleibt so manches hinter verschlossenen Türen: Für die Entscheidung, den Fußgänger- und Fahrradverkehr am Neumarktkreisel mit Zäunen auszugrenzen, bemühte die Verwaltung nur ihre unvergleichliche Weisheit – ohne einen Fachausschuss und damit die Öffentlichkeit zu „konsultieren“. Eine öffentliche Diskussion über den Erhalt der MTV Halle am Nordwall wurde verweigert und der Abriss im vertraulich tagenden Verwaltungsausschuss beschlossen.

Nigge 2016: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass unsere Stadt grüner wird und mit innovativem Umwelt- und Klimaschutz Maßstäbe setzt.“

Wir haben im letzten Heft ausführlich auf das Versagen der Verwaltung aufmerksam gemacht („Kein Grund zur Panik?“). Der größte Widerspruch zu der Wahlkampfaussage ist zweifellos, ein Neubaugebiet nach dem anderen zu beplanen, ohne den Bau-„herren“ energetische Auflagen zu machen, die über den aktuellen Gesetzesstandard hinausgehen. Für die umweltfeindliche Versiegelung gibt es also nicht einmal ein Trostpflaster.

Nigge 2016: „- vor allem bei Neubauprojekten, Fahrradstraßen planen und umsetzen [...] - bessere Anbindung der äußeren Stadtteile durch Rad-Expresswege.“

Bei keinem Neubaugebiet hat der Fahrradverkehr bisher eine Rolle gespielt. Und sein persönlicher Einsatz für die Ostumgehung ist eben auch ein Einsatz dafür, eine autobahnähnliche Straße – ohne Radwege wohlgermerkt – durch ein Naturschutzgebiet zu rammen. Die Möglichkeit zu Rad-Expresswegen vom Osten in die Stadt ist nicht Bestandteil der Planung und wird nach Fertigstellung der Ostumgehung praktisch unmöglich.

Nigge 2016: „Oberste Priorität messe ich der Qualität des Bildungsangebots und dem Elternwillen bei. [...] Nicht der Staat, sondern die Familie entscheidet, welchen Lernweg ein Kind gehen soll. Die Beförderungswegen der Schulkinder kontinuierlich überprüfen, um Zumutbarkeit zu gewährleisten. Kurze Wege für kurze Beine!“

Die Wirklichkeit sieht so aus, dass die Verwaltungsspitze sich massiv gegen das Zustandekommen einer Ratsresolution gewehrt hat, in der der Wille der Eltern der IGS nach Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe unterstützt werden sollte. Und dafür, dass die Beabsichtigte Schließung zweier Grundschulen zur Verlängerung

von Schulwegen führt, ist nicht einmal ein Maßband erforderlich. (Mehr dazu im Artikel auf Seite 9.)

Nigge 2016: „in alle städtischen Beschlussvorlagen eine Klimafolgenabschätzung integrieren“.

Da könnte es demnächst im Rat „lustig“ werden – denn immer noch steht die Beratung der Antrags zum „Klimanotstand“ aus. Der verwaltungspraktische Anteil des Antrags besteht genau darin, was Nigge vor vier Jahren bei Henriette Reker abgeschrieben hat. Da wir davon ausgehen, dass wenigstens einige Ratsmitglieder unser Blatt lesen, sagen wir zu dieser erinnernden „Vorlage“ unsererseits mal: Gern geschehen.

Auf die Barrikaden

Die Cellesche Zeitung und insbesondere deren Lokalredakteur Michael Ende dürften Anfang September ein Fass aufgemacht haben. Ist ihnen doch gelungen, die Politik in Sachen Ostumgehung vor sich herzutreiben. Dies vor allem, indem sie eine Pro-Bürgerinitiative promotete, die sich vor allem mit hasserfüllten Parolen gegen den klagenden BUND zusammenschweißte.

Für Oberbürgermeister Nigge, der vordem gern ein Neutralitätsgebot für sich in Anspruch nahm, die Aufforderung, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Am 16. Juli versammelte er alle der Ostumgehung zuarbeitenden Bundes- und Landtagsabgeordneten (CDU, FDP, SPD, AfD) aus Stadt und Land im Rathaus, um – wie es hieß – „den Gordischen Knoten“ durchschlagen zu können. Jörg Bode (MdL, FDP) fand es „gut, dass Nigge als neutrale Instanz die Koordinierung übernimmt.“

Bei der ersten Informationsveranstaltung der „Bürgerinitiative Ostumgehung - Celle jetzt“ im August waren



mehrere Ortsbürgermeister, Landrat Wiswe und Nigge als Oberbürgermeister anwesend. Der „neutrale Koordinator“ Nigge stachelte die emotional aufgeladene Versammlung dazu auf, „weiter Druck aufzubauen und ohne Scheu auf Parteifreunde zu schießen.“ Nigge hatte dann nur noch wenige Tage Zeit, seinen großen Coup einzufädeln, denn am 31. August versammelte sich zum Landesparteitag der Niedersachsen-CDU die Bundes- und Landesprominenz in Celle.

Doch durch die kurzfristige Absage einer für den 29. August angesetzten Ratssitzung konnte die CDU-Stadtratsfraktion ihre Resolution zum sofortigen Weiterbau der Ostumgehung nicht mehr vom Rat der Stadt Celle abstimmen lassen. Verwaltungschef Nigge umging dann einfach den Rat, indem er die CDU-Resolution am 27. August vom nicht öffentlichen tagenden Verwaltungsausschuss beschließen ließ. Öffentlich erklärte er: „Die Resolution ist vom Verwaltungsrat einstimmig angenommen und kommt nicht mehr in den Stadtrat.“ Bei dem CDU-Antrag „gehe es um ein Partei unabhängiges Thema“. Neben den üblichen Mahnungen zur Beschleunigung enthält der Antrag vor allem aber die Aufforderung an den BUND, „zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die eingereichte Klage sofort zurückzuziehen und von weiteren Verzögerungshandlungen endgültig abzusehen.“ Damit war alles vorbereitet für den 30. August: Exklusiv in den Redaktionsräumen der CZ trafen sich die CDU-Politiker Ferlemann (Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium), Althusmann (nds. Wirtschaftsminister), Otte (MdB) und Nigge für ein gemeinsames Foto („historischer Fotomoment“, CZ) mit der Finanzierungsbewilligung für den sofortigen Brückenbau über die B214 in Altencelle. Am Nachmittag entert die CDU-Truppe die Bühne der „BI Ostumgehung - Celle jetzt“, um sich vor den versammelten Demonstrant*innen als alleinige Wegbereiter (Sofortvollzugs-Anordnung mit 92 Mio. Euro Sofortzusage) für den Weiterbau der Ostumgehung in Szene zu setzen. Anschließend beschwerten sich Kirsten Lühmann (SPD) und Jörg Bode (FDP) bitterlich über diese einseitige CDU-Partei-Inszenierung. Nigge konnte es egal sein, bekam er doch am darauf folgenden Tag bei der Krönungsmesse (CDU-Landesparteitag) von AKK und v. d. Leyen die Salbung als König von Celle. Der Parteitag ging noch ein Stück weiter als die Ratsresolution, die der Rat nicht zu Gesicht bekam. Er forderte – auf Antrag der Celler CDU – Einschränkungen im Verbandsklagerecht, um Infrastrukturmaßnahmen zu beschleunigen.

Am 5. September durften sich dann die Hände der beiden Initiatoren der Ostumgehungsdemo (Lohmann und Dommess) bei einem „privaten Treffen“ im Rathaus mit den gesalbten Händen unseres Königs von Celle vereinen.

Dass sich Nigge so eindeutig zum Fürsprecher einer Bürgerinitiative macht, muss vor allem vor dem Hintergrund seines bisherigen Verhaltens verwundern. Erinnert sei kurz an die von den rechtsextremistischen „Patrioten Niedersachsen“ im Juli 2018 angemeldete Demonstration



on. Seinerzeit erklärte Nigge gegenüber der CZ, dass das Amt des Oberbürgermeisters ein politisch neutrales sei. „Auch eine Stadtverwaltung habe sich in nicht in politische Meinungsbildungsprozesse einzumischen.“ Erinnert sei auch daran, dass den leitenden Mitarbeiter*innen von Bomann-Museum, Stadtarchiv und CD Kaserne nahegelegt worden war, sich nicht mit Nennung ihrer Funktionen an der Initiative „Die Vielen“ zu beteiligen. Kurzum: „Neutral“ hat sich „unser“ Oberbürgermeister bisher vor allem verhalten, wenn's gegen Rechtsextremismus und Rassismus ging. (Nebenbei: In Sachen „Kollerscher Wald“ merkte der OB an, mal wolle sich nicht von Fridays-for-Future-Demos vor sich hertreiben lassen.)

Celle kann vor allem weniger

Nigges zentraler – ebenfalls von Henriette Reker geklauter – Wahlkampflogan war: „Celle kann mehr“. In den letzten drei Jahren verfolgte Nigge dieses Ziel vor allem mit der Strategie, Celle kleiner zu machen.

Beispiele gefällig? Am Bedeutsamsten war sicherlich die Abgabe fast des gesamten Bereichs der Jugendhilfe an den Landkreis, wobei sich Nigge der AfD-Fraktion als Mehrheitsbeschafferin bediente.

Zum Jahresanfang 2020 gibt die Stadt viele Aufgaben im Rahmen der Sozialhilfe (SGB XII) an den Landkreis ab, weshalb mindestens 14 Mitarbeiter*innen in die Kreisverwaltung wechseln. Die hat zwar auch originär die Zuständigkeit, aber die Stadt zeigte wenig Interesse daran sich die Kosten ersetzen zu lassen, statt den ganzen Bereich abzugeben.

Ohne Ansprache oder Austausch in Ratsgremien verzichtete Nigge auf den Aufsichtsratssitz der Stadt in der AKH-Gruppe. Seine Begründung: „Den mit den Beschlüssen im Kreistag strategisch eingeschlagenen Weg zur Rettung unseres Krankenhauses kann ich nicht mittragen, insofern ist meine Mitarbeit obsolet.“ Was ist denn das für ein Demokratieverständnis? Sich aus einem Gremium verabschieden, weil man in der Minderheit ist? Selbst das Angebot eines beratenden Sitzes ohne Stimmrecht wollte Nigge nicht ausüben, und bekam dafür im Verwaltungsausschuss eine knappe Mehrheit. Künftig ist die Stadtverwaltung und damit auch der Rat in Sachen AKH auf Mitteilungen aus zweiter Hand angewiesen, die sie angesichts der Vertraulichkeit des Aufsichtsrats dann eigentlich gar nicht mehr bekommen kann.

Im Juni 2019 beschloss der Rat mit großer Mehrheit den Beitritt zum Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) mit dem Ziel, die städtische IT-Infrastruktur durch die KDO betreiben zu lassen. Betroffen sind rund 16 Mitarbeiter*innen, die immerhin so künftig einen anderen Dienstherrn haben.

Hier darf jetzt nicht der Eindruck entstehen, dieses „Weniger“ in der Verwaltung sei keine Politik – im Gegenteil: Es ist der Verzicht auf Gestaltungsmöglichkeiten.

Weniger ist – nebenbei – auch das Motto, wenn's um Rats- und Fachausschusssitzungen geht. Waren unter Dirk-Ulrich Mende (SPD) noch 11 jährliche Ratssitzungen die Regel, schrumpft die Zahl seit Nigges Amtsantritt: 9 (2017), 8 (2018), 7 (2019).

Manchmal kann Celle aber auch mehr: Im Januar beschloss der Rat mehrheitlich (gegen die Stimmen von Die Linke/BSG) die Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigungen an den hauptamtlich tätigen Hauptverwaltungsbeamten (d.i. Jörg Nigge) in Höhe von 310 €, an den Herrn Ersten Stadtrat Thomas Bertram in Höhe von 205 € und an den Herrn Stadtbaurat Ulrich Kinder in Höhe von 155 €. Das sind 8.040 € im Jahr – nichts von wirklicher Bedeutung und nichts, was den Herren fehlen würde. Aber behalten wir das mal im Hinterkopf für den Fall, dass irgendwann wieder einer kleinen Initiative eine „freiwillige Leistung“ weggekürzt werden soll.

Zuckerbrot & Peitsche

Zur Schuldenentlastung bekommt die Stadt Celle jetzt vom Land 5 Millionen EUR; der Schuldenberg verkleinert sich damit von 260 auf 255 Millionen. (Daneben gibt's Investitionszuschüsse in Höhe von bis zu 2,8 Mio. EUR für Feuerwehrbauten.) Das ist das Zuckerbrot der sogenannten Zielvereinbarung zwischen Land und Stadt. Die Peitsche trifft die Bürger*innen. Denn im Gegenzug musste die Stadt „Konsolidierungsbemühungen“ nachweisen. Von vielen schlechten Möglichkeiten wurde die Erhöhung der Grundsteuer B gewählt. Die zahlen Immobilienbesitzer*innen oder geben sie – wo es sich um Mietwohnungen handelt – an Mieter*innen weiter. Insgesamt sollen so pro Jahr Mehrerträge von 835.000 EUR erzielt werden. Die Grundsteuer erhöht sich damit durchschnittlich um rund sechs Prozent. Das sind aufs Jahr gesehen jetzt für normale Haushalte Jahresbeträge zwischen 30 und 60 EUR; aber trotzdem: Es war für CDU/SPD eben am einfachsten, es von den Bürger*innen zu nehmen, die ihm Rat nur eine Lobby von sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung hatten. - Zusätzlich verpflichtete sich die Stadt die sogenannten freiwilligen Leistungen (Kultur, Sport) bis 2021 zu deckeln. D.h.: Die Kosten für Lohnsteigerungen müssen dort an anderer Stelle eingespart werden.

Uns schmilzt die Zeit – Handelt!

Rund 4 Millionen weltweit, 1,4 Millionen in Deutschland – immerhin 1050 in Celle, die sich am 20. September an Klimastreik-Demonstrationen beteiligten. Dass die Bundesregierung sich mit ihrem am selben Tag präsentierten Eckpunkteprogramm angesichts der Herausforderungen nur blamiert hat, zeigt: der Druck muss wachsen. Der nächste „Global Day of Climate Action“ ist am 29. November.

In Celle konnte sogar ein kleiner Erfolg erzielt werden: Dass der Kollersche Wald in Klein-Hehlen nicht für ein Neubaugebiet abgeholzt wird, hatte neben dem Engagement der Anwohner*innen auch damit zu tun, dass „Fridays for Future“ sich dies als lokales Projekt auf die Fahnen geschrieben hatte (siehe Bericht Seite XY). Aber blicken wir zurück auf die #week4climate in Celle.

Seit Februar gibt es in Celle Aktionen von Fridays for Future. Die Demonstration am 20. September war mit über 1000 Teilnehmenden die bisher größte Aktion. Der Aktionsgruppe gelingt es immer wieder die Demonstrationen mit frechen Sprechchören Ereignischarakter zu geben. Die Demo-Routen sind für manche aus der „Old-School“-Fraktion gewöhnungsbedürftig, die sich fragt, warum der Verkehr geschont wird – aber das ist ein Nörgeln auf hohem Niveau.

Nicht zu übersehen war, dass die Großelterngeneration einen nicht unbeträchtlichen Anteil an der hohen Teilnehmendenzahl hatte. Aber was ist mit den „Parents“?

Die 48-stündige Mahnwache an der Stadtkirche fand leider wenig Beachtung – auch unter Schülerinnen und Schülern. Und die haben zumindest bei den beiden Diskussionsveranstaltungen sogar etwas verpasst: Am Montag ging's um die Frage, an welcher Zukunft für die Beschäftigten in der Celler Erdölzulieferindustrie gebastelt

werden könnte. Dr. Jens Clausen vom Borderstep Institut, Wolfgang Genannt von GeoEnergy Celle e.V. und Ralf Müller von IG Metall waren sich dabei durchaus einig, dass die Tiefen-Geothermie eine Chance zum Erhalt der Arbeitsplätze in einer de-carbonisierten Welt bieten kann. Über Tiefen-Geothermie werden heiße Grundwässer zur direkten thermischen Nutzung an die Erdoberfläche gefördert werden. Um für den Betrieb von Fernwärmenetzen ausreichend hohe Temperaturen zu erreichen, muss entsprechend tief gebohrt werden – das gehört zum Know-How der Celler Industrie. Doch leider findet sich der Begriff im „Eckpunkte-Programm“ der Bundesregierung nicht einmal in einer Fußnote.



Gregor Terbuyken, bis 2010 Professor für Psychologie an der Evangelischen Fachhochschule Hannover, befasste sich in der zweiten Diskussionsrunde mit der Frage: „Warum passiert eigentlich nicht mehr für den Klimaschutz?“ Er verwies für die Handlungsoptionen sowohl der Individuen wie „der Politik“ auf das, was er Möglichkeitsrahmen nannte. Um individuelles Mobilitätsverhalten zu ändern, bedürfe es nicht allein einer Einsicht in

die Notwendigkeit, sondern auch der entsprechenden Voraussetzungen – also z.B. eines ÖPNV, der den Weg zur Arbeitsstelle auch ermöglicht. Wichtig seien wegweisende politische Entscheidungen. Terbuyken erinnerte an die Neue Ostpolitik der Regierung von Willy Brandt in den frühen 1970er Jahren, die mutig gegen Stimmungen in großen Teilen der Medien und der Gesellschaft angegangen wurde. Politik, so Terbuyken, solle sich in der Frage von Klimapolitik nicht von möglichen Wahlergebnissen leiten lassen, sondern Überzeugungsarbeit leisten und so die Möglichkeitsrahmen erweitern.

Mit welchen lokalen Forderungen die Celler Fridays-Gruppe



einen Wegweise für die Zukunft steckt, wurde mit einem Kurzprogramm der Öffentlichkeit präsentiert. Dass dieser Katalog kaum über das hinausgeht, was z.B. B '90/Die Grünen oder Die Linke/BSG im Rat vertreten, kann nicht verwundern. Für Schülerinnen und Schüler ist die Befassung mit solchen (kommunalen) Fragen ein neues Terrain. Deshalb ist nicht verwunderlich, dass die aufgestellten Forderungen nicht ausreichen, um das angestrebte Ziel – nämlich: CO2-Neutralität bis 2035 – zu erreichen. Deshalb sucht die Celler Fridays-Gruppe die Zusammenarbeit mit anderen: „Diesen Winter werden wir gemeinsam mit allen Interessierten an vollen Forderungen für Celle arbeiten.“ Tatsächlich muss sich die Klimawende auch vor Ort sichtbar in Form vieler Systemwechsel materialisieren. Und dann ist vielleicht auch Raum dafür, über den destruktiven Charakter der Ostumgehung zu reden oder darüber, dass Forderungen nach „strikter Mülltrennung“ irgendwie sehr „Old-School“ sind. Das bedient höchstens den Whataboutism der Facebook-Öffentlichkeit – und wenn schon: Müllvermeidung.

Zum Abschluss der Aktionswoche zog die Celler Fridays-Gruppe auf der Stechbahn mit gut 100 Teilnehmenden mit einer Menschenkette eine „Rote Linie“.



Kollerscher Wald Stadtrat stoppt Bebauungsplan

Als Erfolg kann sich „Fridays-for-Future“ die Verhinderung der Abholzung des Kollerschen Waldes in Kleinhehlen auf die Fahnen schreiben. Die Aktivitäten der Anwohner*innen bekamen dadurch einen populären Schub.

Hintergrund: Die Wilharm Immobilien GmbH hatte das etwa vier Hektar große Waldgrundstück erworben und bei der Stadt beantragt, dort nach Abholzung Neubauten zu errichten. Im September 2017 beschloss der Rat bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung die Einleitung eines Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 155 der Stadt Celle „Wohngebiet zwischen Zugbrückenstraße und Klein Hehlener Bach“. Als der Plan jetzt im Frühsommer ausgelegt wurde, gab es sehr viele Einwendungen. Trotzdem hätte die Verwaltung das Verfahren gern weitergetrieben. Nigge verkündete, er wolle einen Kompromiss, mit dem alle Seiten leben könnten. Damit ging er auch in die Ratssitzung am 26. September, um dort eine Überraschung zu erleben. Nach langwieriger Diskussion und Sitzungsunterbrechung entschied die CDU-Fraktion, die zu Beginn dafür war, sich zu enthalten – und die SPD, die sich zu Beginn enthalten wollte, dann dagegen. Ihnen war inzwischen klar geworden, dass hier nichts mehr zu gewinnen, sondern nur noch Wähler*innen-Stimmen zu verlieren waren. So bekam der Antrag auf sofortigen Planungs-Stopp des fraktionslosen Ratsmitglieds Inga Marks eine Mehrheit.

Meine Meinung zu dem
„DRECKSWALD“
 ? ? ?
 Ich fliege jetzt erst mal
 nach Teneriffa in den Urlaub!



Ortsbürgermeister
 und Ratscherr
 zum Kollerschen Wald
 Klein Hehlen, 11.09.2019

Klaus Didschies
CDU

Und alle: BUND – Nein Danke!

„In Celle werden durch die angeführte Ostumgehung das einmalige Naherholungsgebiet an der Oberaller und verschiedene Wohnbereiche zerstört, für deren Erhaltung rund 8000 Bürgerinnen und Bürger sich schriftlich mit ihrem Namen eingesetzt haben. Wie die Verwaltungsbürokratie die Zusicherung des Bundesinnenministers, wonach jeder Bürger das Menschenrecht auf lebenswerte Umwelt hat, in die Tat umsetzt, wird man an ihren Entscheidungen messen müssen.“

So kommentierte am 24. Juni 1976 die Cellesche Zeitung vor einem Erörterungstermin für die damalige Planung der Ostumgehung. Der Verleger Georg Pffingsten hatte die Erklärung einer „Notgemeinschaft Ostumgehung - Bürgerinitiative zur Erhaltung eines Naherholungsgebietes“ unterzeichnet. Das Blatt stand klar auf Seiten der Gegner*innen der Ostumgehung. Okay – seinerzeit verlief die geplante Trasse noch vor der Lachtemündung.

Vom „Menschenrecht auf eine lebenswerte Umwelt“ hat sich die CZ heute verabschiedet und unterstützt rückhaltlos eine Bürgerinitiative, der die Zerstörung eines Naturschutzgebietes egal ist. Okay – formal und juristisch geht es „nur“ noch um den Fledermausschutz. Den Schuldigen am „Stillstand“ hatte die neu gegründete Bürgerinitiative schnell gefunden und auf Transparenten unübersehbar in die Öffentlichkeit transportiert: „Wir haben die Schnauze voll! BUND – Nein Danke“ Das Transparent wurde zum Lieblingsfoto-Motiv der CZ in Sachen Ostumgehung. Für den Lokalredakteur Michael Ende ist das Verbandsklagerecht Teil eines „Straßenbau-Verhinderungssystems“, und er feuerte die BI an: „Wer plant hier eigentlich? Der Bund oder der BUND?“ Einige Wochen später schloss sich ein CDU-Landesparteitag auf Antrag des Celler Kreisverbandes der populistischen Kampagne an und forderte Einschränkungen im Verbandsklagerecht.



Ein Teilnehmer kam mit einem 200.000 EUR teuren Lamborghini Urus SUV zur Gründungsversammlung und parkte einfach auf dem Bürgersteig - warum auch nicht?

Und die CDU-Fraktion brachte im Stadtrat eine Resolution ein, die den BUND aufforderte, „zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die eingereichte Klage sofort zurückzuziehen und von weiteren Verzögerungshandlungen endgültig abzusehen.“ Die Begründung: „Nach unserem Verständnis haben wir alle eine Verantwortung, die Natur zu schützen. Der Mensch ist Wesen der Schöpfung und somit Teil der Natur. Der Schutz der Menschen in unserer Stadt ist unsere Priorität.“ Diese Antiquiertheit dieses Schöpfungsverständnisses wurde schließlich im Verwaltungsausschuss nicht zur Abstimmung gestellt. Aber man beschloss am 27. August u.a. noch folgendes:

Wir fordern unsere heimischen Abgeordneten im Bundestag und im Landtag auf, sich für die Freigabe der Mittel für den unverzüglichen Weiterbau der Ostumgehung durch den sofortigen Beginn der Bauarbeit in Abschnitt 3 des Projekts einzusetzen;

Wir fordern die Landesregierung und die Bundesregierung zum Wohle der vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Celle auf, eine direkte und zielgerichtete Kommunikation miteinander aufzunehmen, um den zügigen Weiterbau der Umgehungsstraße zu ermöglichen;

Wir begrüßen das öffentliche Engagement der Bevölkerung der Stadt Celle für einen unverzüglichen Weiterbau des dritten Abschnitts der Ostumgehung und somit für die Beendigung der andauernden Belastung der Menschen in unserer Stadt“.

Diese drei Punkte fanden übrigens auch die Zustimmung der Ratsfraktion von B '90/Die Grünen. In einer PM heißt es dazu u.a.: „Die Stadt braucht wie andere Städte auch eine Ortsumgehung. Nachdem die von uns favorisierte Westumgehung sich politisch nicht durchsetzen konnte, bedeutet das „Ostumgehung“. [...] Die Ostumgehung löst nicht die Celler Verkehrsprobleme, sie ist lediglich ein Mosaikstein.“

Als der BUND verkündete, von einer Klage gegen den Sofortvollzug der Brückenbauwerks abzusehen, titelte die CZ: „Gütliche Ostumgehungs-Lösung?“ Mitnichten. „Da das Brückenbauwerk die rechtlich relevanten Punkte der derzeit laufenden Klage des BUND nicht berührt, ist ein Eilantrag gegen den Sofortvollzug aus Sicht des BUND nicht zielführend“, erläutert der BUND-Landesvorsitzende Heiner Baumgarten. Selbstverständlich halte der BUND an dem Klageverfahren fest, das sich auf naturschutzrechtliche Fragen bezieht, die mit dem geplanten späteren Betrieb der Straße einhergehen, etwa die hohen Kollisionsgefahren von streng geschützten Fledermäusen mit Fahrzeugen. Die Entscheidung ist noch längst nicht gefallen, vielleicht gibt's irgendwann in Altencelle ein unnützes Brückenbauwerk.

Grundschul-“Reform“: Aus vier mach zwei

Die Schließung zweier Grundschulen als „Jahrhundert-Chance für die Celler Schullandschaft“ zu verkaufen, ist nicht nur auf den ersten Blick ziemlich dreist. Aber Oberbürgermeister Nigge kam in der Septembersitzung des Stadtrates damit durch. Ein im Kern schwarz-grünes Bündnis schlug sich auf seine Seite, obwohl viele Fragen unbeantwortet geblieben waren.

Den Anlass für die Veränderungen in der Grundschul-Landschaft bot der Brand an der GS Klein-Hehlen angesiedelten „Sprachheilschule“ im April. Das Gebäude soll zwar aus Mitteln der Versicherung wieder aufgebaut werden, aber künftig ganz den Schülerinnen und Schülern (SuS) der GS Klein-Hehlen zur Verfügung stehen, die aktuell auch Räumlichkeiten im gegenüberliegenden ehemaligen Predigerseminar nutzt (für rund 50.000 Euro Miete im Jahr). Auch soll die Schule künftig in ihr Einzugsgebiet die Allerinsel aufnehmen.

Zeitparallel signalisierte der Landkreis Interesse daran, das Gebäude der Altstädter Schule für die Sprachheilschule zu nutzen sowie die Gebäude der GS Nadelberg der Oberschule Westercelle anzugliedern, da letztere einen erheblich gestiegenen Raumbedarf hat. Für die beiden Gebäude will der Landkreis der Stadt Celle insgesamt 17,5 Mio. Euro bezahlen.

Wohin dann aber mit den SuS der Altstädter Schule und der GS Nadelberg? Die Altstädter Schule soll in der GS Blumlage aufgehen, was raumtechnisch möglich sei, da die dortige Außenstelle der IGS aufgegeben ist. Und die SuS, die bisher auf der GS Nadelberg beschult werden, sollen in die GS Bruchhagen überführt werden. Das Konzept dafür: Abriss und Neubau.

Aus vier mach zwei. Dafür braucht es eigentlich schon starke Argumente. Denn: Selbstverständlich verlängern sich Schulwege und in Westercelle müssen die SuS westlich der B3 diese künftig zum Schulbesuch queren. Schauen wir, wie die Verwaltung die „Jahrhundert-Chance“ verkauft:

1.) Die architektonische Besonderheit kleinerer Unterrichtsräume von durchschnittlich 44 qm würde sich bestens für die kleinen Klassen der Sprachheilschule eignen. Dass genau dies – nämlich im Vergleich kleinere Klassengrößen – bisher einer der Vorzüge der Altstädter Schule ist und bei der Eingliederung in die GS Blumlage verloren geht, darauf mussten in der Öffentlichkeit SuS, Lehrer*innen und Eltern der Altstädter Schule aufmerksam machen.

2.) Die Oberschule Westercelle habe einen gestiegenen Raumbedarf, der durch die am selben Standort befindlichen Räume der GS Nadelberg gedeckt werden könne. Gleichzeitig wird die GS Bruchhagen als „Bruchbude“ dargestellt – stark sanierungsbedürftig, allein in den letz-

ten fünf Jahren habe die Stadt eine Millionen Euro rein-gesteckt (was jetzt – kleine Kapriole – einen Abriss rechtfertigen soll). Die weiteren Sanierungskosten prognostiziert die Stadt für die nächsten zehn Jahre auf gut 5 Mio. Euro.

3.) Ein Schulneubau in Westercelle würde – so die Verwaltungsvorlage – den „*allerneuesten pädagogischen und schularchitektonischen Erkenntnissen entsprechen*“. Und als Sahnehäubchen: Der Entwicklungsprozess für ein zeitgemäßes pädagogisches Konzept soll durch einen externen Berater moderiert werden. (Wird aktuell dort nach unzeitgemäßen Konzepten gearbeitet?)



4.) Dann haben wir den „Zauber“ der Synergie: „*Größere Schulen (Blumlage, Bruchhagen) bieten optimale Vertretungsmöglichkeiten im Krankheitsfall von Lehrkräften, SchulsozialarbeiterInnen und –sekretärinnen.*“

Nachteile? Keine, denn selbstverständlich hat die Verkehrsabteilung der Stadt einen ersten Vorschlag für eine sichere Querung der B3 erarbeitet, der in ein „Schulwege-Konzept“ münden soll.

Zu den leidigen Finanzen heißt es in der Vorlage der Verwaltung wie folgt:



„Für den Verkauf der Nadelbergschule und der Altstädter Schule an den Landkreis Celle sind 17,5 Mio. € an Einzahlungen [...] zu veranschlagen. Die ersten Kostenschätzungen für den Neubau einer dreizügigen Grundschule in Westercelle (Bruchhagen) belaufen sich auf 13,9 Mio. €. Demgegenüber werden in den nächsten zehn Jahren geschätzt Sanierungskosten für die Schulen Nadelberg und Bruchhagen in Höhe von ca. 7,83 Mio € eingespart. Hinzu kommen Einsparungen durch den günstigeren Betrieb einer neuen Grundschule gegenüber dem Betrieb von zwei Grundschulen am Standort Westercelle. Für die Zusammenlegung der GS Altstadt mit der GS Blumlage werden an dem Standort der GS Blumlage Projektkosten in Höhe von 1,9 Mio. € prognostiziert“. Rund 3,5 Mio. Euro muss die Stadt allerdings noch in die denkmalgerechte Sanierung der Altstädter Schule stecken.

Die laufenden Kosten gestalten sich im Betrachtungszeitraum von zehn Jahren ohne die geplanten Umstrukturierungen in Höhe von 14,4 Mio. Euro (Instandhaltungsbedarf, Bewirtschaftungskosten, Abschreibungen). Nach den Umstrukturierungen würde sich dies nach Berechnungen der Verwaltung auf 6,5 Mio. Euro reduzieren.

Die Rektorenkonferenz wie auch die Informationsabende an den Schulen ergaben aus Sicht der Verwaltung eine Ablehnung der „Jahrhundert-Chance“ nur durch die Altstädter Schule.

Eltern der Spracheilschule zeigten sich in erster Linie enttäuscht darüber, dass ihre Kinder bis 2023 in Hambühen beschult werden sollen. Allgemein wichtiger und in der Öffentlichkeit bisher nicht behandelt ist eine andere Frage: Lassen sich die inklusiven Bedürfnisse der Spracheilschule tatsächlich baulich in einem denkmalgeschützten Bau wie der Altstädter Schule realisieren?

Aufschlussreich sind auch die Anmerkungen des Kreiselternrats. Er gibt zu Bedenken, dass ganz große Grundschulen nicht automatisch eine gute Idee wären. Dabei verweist er darauf, dass Sporthallen bei höherer

Zügigkeit eventuell nicht ausreichen. Interessant ist auch der Hinweis darauf, was mit den Klassengrößen passieren könnte. Würde nämlich aktuell zusammengelegt, ergäbe sich folgendes Bild: Die realen Klassengrößen 2018/2019 betragen im Schnitt GS Blumlage 17,4, GS Altstadt 13,3, GS Bruchhagen 18,4, GS Nadelberg 18,0 – Bei (hypothetischer) Zusammenlegung wären es gewesen: GS Blumlage / Altstadt 20,9; GS Westercelle 22,4. Auch die Unterrichtsversorgung sei nicht automatisch besser, denn – so banal es klingt – bei einer kleinen Schule sei die Wahrscheinlichkeit, dass alle Lehrer*innen gesund seien höher als bei einer größeren Schule.

Der Kreiselternrat sieht es als möglich an, dass die SuS-Zahlen schon in wenigen Jahren für die Altstadt/Blumlage eine 5- statt 4-Zügigkeit und für Westercelle eine 4- statt 3-Zügigkeit erforderlich mache. D.h. Es würden Räume fehlen.

Der Stadelternrat argumentiert ähnlich: „Aus unserer Sicht muss daher der Neubau der Grundschule Bruchhagen in Westercelle vierzünftig, sowie die Modernisierung der Blumläger Schule fünfzünftig erfolgen.“ Gleichzeitig stellt der Stadelternrat auch das Vorgehen in Frage: nach dem Niedersächsischen Schulgesetz sei eine Neugestaltung der Organisation der Schulen zwar möglich – aber: „im Rahmen eines Gesamtkonzeptes“. „Dem Stadelternrat ist ein solches Gesamtkonzept bis dato nicht bekannt. Dementsprechend fordern wir die Schulverwaltung auf, eine Schulentwicklungsplanung, schulformübergreifend, gemeinsam mit dem Landkreis zu erarbeiten und schnellstmöglich nachzuliefern. Für den Stadelternrat wäre eine Reduzierung der Anzahl der Grundschulen nur dann hinnehmbar, wenn dies tatsächlich mit einer deutlichen Verbesserung der Schulsituation einhergeht.“ Weiter erwartet der Stadelternrat, „dass mindestens die durch den Wegfall eingesparten Instandhaltungs- und Betriebskosten in die übrigen Grundschulen zusätzlich investiert werden. Dazu fordern wir zeitnah die Quantifizierung der Höhe dieser Mittel, sowie ein Zustandskataster aller Grundschulen und nachfolgend ein Gesamtkonzept für die mittel- und langfristige Modernisierung sämtlicher Grundschulen.“

All dies spielte bei der Entscheidung nur eine untergeordnete Rolle. Die Demonstration von SuS, Eltern und Lehrkräften (Fotos) konnte OB Nigge und seine Unterstützer*innen nicht umstimmen.

Ganz durch ist die Sache bei Redaktionsschluss nicht: Der Kreistag muss in seiner Sitzung am 28. Oktober dem Kauf der Gebäude von GS Altstadt und Nadelberg zustimmen. Schwarz-grün braucht für eine Mehrheit hier die Zustimmung entweder von WG- oder FDP-Fraktion.

Petition an Landrat Wiswe

Altstädter Schule darf nicht verkauft werden!

Der Schulverein GS Altstädter Schule hatte über eine Internetplattform Unterschriften für eine Petition an Landrat Wiswe gesammelt. Die Zeichungsfrist ist bei Erscheinen dieses Heftes abgelaufen; da es sich aber um eine gute Zusammenfassung der Argumente handelt, dokumentieren wir sie hier:

Wir fordern den Landkreis Celle auf, in der Sitzung am 28.10.2019 von den Kaufabsichten des Gebäudes der Grundschule Altstädter Schule abzusehen. Die Pläne des Landkreises (Beschlussvorlage vom 26.09.2019) sind nicht ausgereift und richten sich gegen Pädagogik und Inklusion.

Begründung

- Finanznöte der Stadt Celle dürfen nicht für die Veränderung der Bildungsstruktur sorgen. Die Stadt Celle sieht den Verkauf der Bauhausschule und der GS Nadelberg an den Landkreis Celle als einzige Möglichkeit, Gelder für einen Neubau und wenige Sanierungen zu generieren. Aus vier Grundschulen sollen zwei größere Schulsysteme werden.
- Das gut greifende pädagogische Konzept der Altstädter Schule stärkt Kinder in ihrer persönlichen Entwicklung. Kleine Klassen und intensive Elternarbeit unterstützen dies.
- Der zentrale Standort (Nähe zu Bücherei, Schwimmbad, Frz. Garten, Landgestüt, Altstadt etc.) ermöglicht eine fußläufige Aneignung der Lebenswelt der Kinder im Stadtteil.
- Die Altstädter Schule wurde 1927/28 als Volksschule für Celle errichtet und „zählt international als eines der zehn wichtigsten Bauwerke des Bauhausstils“ (www.otto-haesler-stiftung.de, 03.10.2019).
- Die Schließung spricht gegen das in Celle gültige Credo „kurze Beine – kurze Wege“ und erwirkt mehr Verkehrsbelastung durch Elterntaxis zu einer weiter entfernten Schule.
- Eine inklusive Nutzung nach pädagogischen Gesichtspunkten einer Förderschule im denkmalgeschützten Gebäude ist zweifelhaft und nicht analysiert. Der Landkreis Celle plant nach Erwerb des Gebäudes den Einzug der Sprachheilschule. Dies würde außerdem eine 2x tägliche Anfahrt der Schule mit ca. 25 Kleinbussen bedeuten.



Keine neue IGS

Ein Antrag von B '90/Die Grünen im Kreistag auf Elternbefragung und Einrichtung einer weiteren IGS wird von der Verwaltungsspitze abgelehnt und wahrscheinlich im Kreistag abgelehnt. Interessant ist schon, wie unterschiedlich sich Zahlen interpretieren lassen:

Die Kreisverwaltung meint: „Die Nachfrage nach Plätzen an der Gesamtschule Celle ist rückläufig.“ Ohne mit einem einzigen Satz auf die permanent große Zahl von Anmeldungen einzugehen, die keinen Platz bekommen.

Schuljahr	Anmeldung	Ablehnung	In %
2015/16	280	100	36
2016/17	273	93	34
2017/18	242	62	26
2018/19	237	57	24
2019/20	226	46	20

Im Kreistag wird dagegen über ein weiteres Gymnasium im Westkreis diskutiert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) dagegen fragt: „Immer geht es um Gymnasien, ausschließlich um Gymnasien. Warum nicht um eine neue Oberschule? Warum nicht um eine Gesamtschule? [...] Große Teile der Celler Schülerschaft und ihre Eltern wünschen sich ein breiteres Gesamtschulangebot und die Möglichkeit, dort das Abitur abzulegen. Die Verhandlungen zwischen IGS und Hermann-Billing-Gymnasium sind zwar gescheitert, die Bahnhofstraße als zusätzlicher Standort für die IGS sollte aber im Gespräch bleiben. Denn dadurch würde Platz geschaffen für weitere Züge oder eine Oberstufe.“

Inzwischen hat sich das HBG zu einer Kooperation bei der Einrichtung einer Oberstufe an der IGS bereit erklärt.

Mietwert-Skandal muss beendet werden

Die Thematik wirkt kompliziert: Was sind angemessene Kosten der Unterkunft bei Hartz IV? Dies kann mit einem Gutachten ermittelt werden – oder die Wohngeldtabelle des Bundes herangezogen. Der Landkreis Celle versucht seit Einführung von Hartz IV mit einer gutachterlichen Mietwerttabelle ans Ziel zu kommen. Obwohl Sozialgerichte immer wieder deren Rechtswidrigkeit feststellt haben, hält der Landkreis daran fest. Zuletzt behauptete er sogar: „*Es bleibt eine Tatsache, dass die letzten beiden Wohnungsmarktgutachten in der höheren Instanz des Landessozialgerichts nicht gescheitert sind.*“

Die Kreistagsabgeordnete Behiye Uca (Die Linke) wollte wissen, auf welche Urteile sich der Landkreis beziehe. Sie bekam sie [L 9 AS 510-13 und L 9 AS 1143-14] und war einigermaßen überrascht: „*In beiden Landessozialgerichtsurteilen hat der Landkreis verloren und den Klägern wurde ein Anspruch gemäß Wohngeldtabelle plus 10 Prozent zugesprochen.*“

Dass auch die zum Januar 2019 in Kraft gesetzte Mietwerttabelle vor Gericht kaum Chancen haben dürfte, zeigte sich in der Sozialausschusssitzung im September. Behiye Uca hielt dem geladenen Gutachter Jörg Koopmann vor, dass seine Nebenkostenberechnungen für den gesunden Menschenverstand nicht nachvollziehbar seien.

Denn die Mietwerttabelle bewillige einem Fünfpersonenhaushalt in einer 95 m² großen Wohnung monatlich lediglich höhere Kosten für die Nebenkosten in Höhe von 0,05 € gegenüber einem Vierpersonenhaushalt in einer 85 m² großen Wohnung. Uca: „*Es dürfte unbestritten sein, dass pro Person schon alleine wesentlich höhere Kosten für Wasser, Abwasser, Müllgebühren etc. anfallen und dieser Erhöhungsbetrag in Höhe von fünf Cent pro Monat absolut unrealistisch ist, zumal das Gutachten selbst beim Vergleich eines 3- mit einem 2-Personenhaushalt eine Steigerung der Nebenkosten in Höhe von 19,35 Euro ansetzt.*“

Koopmann verwies darauf, dass der Wert sich nun einmal rechnerisch ergeben habe. Schnell wurde deutlich, wie es zu dem Fehler gekommen ist: Bei der Ermittlung des statistischen Durchschnittswertes der auf den Quadratmeter bezogenen Nebenkosten wurde unberücksichtigt gelassen, wie viele Personen in dem Haushalt wohnen. In die Berechnungsgrundlage sind somit bei der Ermittlung der Nebenkosten für einen Fünfperso-

nenhaushalt auch Haushalte eingeflossen, bei denen nur ein, zwei, drei oder vier Personen in einer 85 m² - 95 m² großen Wohnung wohnen.

Uca ist der Auffassung, dass diese Art und Weise der Methodik der Datenerhebung offensichtlich fehlerhaft ist. Der Landkreis sei deshalb auf Grund der Rechtsprechung verpflichtet, zur Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft die Werte der Wohngeldtabelle mit einem Sicherheitszuschlag von 10 % als Vergleichswert heranzuziehen.

Erfreulicherweise hat die FDP-Kreistagsfraktion Ende August mit einem Antrag genau dies gefordert. In der Begründung heißt es u.a.:

„*Es ist bekannt, dass die Gerichte immer wieder Zweifel an den Mietwertgutachten des Landkreises Celle haben. Diverse Urteile der Sozial- und Landessozialgerichte haben gezeigt, dass eine Klage von betroffenen Personen meistens zum Erfolg führt. Dabei wurde deutlich., dass Gerichte diese Gutachten durchweg als nicht schlüssig erachtet haben.*“

Wahrscheinlich ist der FDP-Antrag Gegenstand der Sozialausschusssitzung des Kreistags am 20. November, 14.30 Uhr – und kommt dann ggfs. noch am 4. Dezember in den Kreistag.

Für die Betroffenen heißt die bisherige Praxis folgendes: Wenn sie nicht klagen, müssen sie i.d.R. bei Überschreiten der Grenzen der Mietwerttabelle entweder umziehen, oder sie müssen die nicht erstatteten Mietkosten aus ihrem Regelsatz tragen. Letzterer stellt bekanntlich das Existenzminimum dar, was wiederum heißt: Sie haben dann weniger als das Existenzminimum. Im Landkreis Celle gibt es – wie in einem aktuellen Sozialgerichtsverfahren deutlich geworden ist – mindestens eine „Bedarfsgemeinschaft“ (so der Gesetzesjargon), für die praktisch seit Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 nur die nach den Mietwerttabellen angemessenen Werte erstattet wurden. Seit jetzt 14 Jahren wird diese Bedarfsgemeinschaft auf Grundlage von Gutachten, die sich alleamt als rechtswidrig erwiesen haben, um eine angemessene Erstattung ihrer Wohnkosten gebracht. - Dieser Zustand muss endlich ein Ende haben. Rechtssicherheit, darauf weist die FDP-Fraktion auch hin, kann es auf Grundlage der nicht schlüssigen Gutachten nicht geben.



ver.di erwartet fast 300 Kündigungen

Ende September hat der Aufsichtsrat der AKH-Gruppe den sogenannten „Sanierungskurs“ abgesegnet, der auf dem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Warth & Klein Grant Thornton beruht. Das Gutachten ist – nicht einmal in Auszügen – der Öffentlichkeit bekannt, ja nicht einmal den Kreistagsabgeordneten. In wohlfeilen Worten verkündete der Aufsichtsrat in einer Pressemitteilung:

„Das sogenannte IDW S6 Gutachten sieht unter anderem vor, die Wirtschaftlichkeit beider Häuser unter anderem durch Personalanpassungen, der Ausgliederung oder Aufgabenübertragung von Teilbereichen, insbesondere Reinigung, Logistik und Küche in andere Gesellschaften bzw. eine Verbesserung der Abläufe in der Leistungsabrechnung vor. Sowohl das AKH Celle als auch das Klinikum Peine werden mit der Umsetzung dieser Gutachten voraussichtlich bereits im Jahr 2021 wieder schwarze Zahlen schreiben.“



Bereits seit dem 1. Juli werden sogenannte Tertiärleistungen (Küche, Reinigung, Logistik) durch eigens gegründete Gesellschaften erbracht. Zum 1.1.2021 sollen diese Leistungen europaweit ausgeschrieben werden, das gilt auch für die Neuvergaben des Schreib- und Archivdienstes. Die Gewerkschaft ver.di kritisiert: „Nun ist völlig klar, dass alle in den Bereichen Tätigen im Laufe des nächsten Jahres ihre Kündigung bekommen werden (selbiges gilt für die Laborbeschäftigten).“ Insgesamt 8,5 Millionen Euro soll die Ausgliederung des Personals bringen, berichtete die CZ.

In Celle seien gut 200, in Peine rund 90 Beschäftigte betroffen. „Jetzt zahlen die Beschäftigten doch für die Fehler von Politik und Verwaltung“, so Axel Reichinger von der Gewerkschaft ver.di.

Gleichzeitig wurde der Vorstand auch beauftragt, mit potentiellen Kaufinteressenten für das Klinikum Peine Gespräche zu führen. Der Gewerkschaftssekretär merkt an, dass es offensichtlich keinerlei Überlegungen dazu gibt, unter welchen Bedingungen das Peiner Haus veräußert werden soll. Es sei zu befürchten, dass lediglich der Preis der Maßstab ist. ver.di fordert dagegen Sicherheit und Zukunft für die Beschäftigten.

Kommentar

Keine Lemminge

„WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE MISSWIRTSCHAFT“ steht auf dem Banner, das den Protest der AKH – Beschäftigten zum Ausdruck bringt. „Die Mitarbeiter wollen mitgenommen ... werden“, wird der AKH-Konzernbetriebsratsvorsitzende am 28. September in der Lokalpresse zitiert.

Diese beiden Aussagen sind nicht vereinbar, ein unüberwindbarer Abgrund trennt sie. Denn die Kolleg*innen wollen nicht mitgenommen werden, wenn sie in Tochterunternehmen ausgegliedert werden. Denn dort sollen sie die gleichen Arbeiten zu schlechteren Konditionen leisten. Sie wollen nicht mitgenommen werden, wenn in ihren knapp besetzten Arbeitsbereichen noch mehr Personal abgebaut wird. Und schon gar nicht wollen die Beschäftigten dorthin mitgenommen werden, wo ihre Arbeitsplätze gestrichen werden, weil ihre Arbeit an Fremdfirmen vergeben wird. Diesen Preis wollen sie nicht zahlen; das steht auf dem Banner.

Diese Art von mitgenommen werden soll ja Lemmingen eigen sein, die unter Führung von Leittieren kollektiven Selbstmord begehen, indem sie über eine Klippe in den Abgrund springen. Dieser Führungsstil wird aber den Aufgaben eines Betriebsrates nicht gerecht. Er hätte den Absturz verhindern und mit aller Macht Widerstand leisten sollen.

So unterliegt beispielsweise die Einstellung von Arbeitnehmer*innen in Tochtergesellschaften der Mitbestimmung des Betriebsrates. Mitbestimmung heißt: Der Betriebsrat kann JA sagen, grünes Licht geben. Er kann aber auch NEIN sagen: STOP – hier nicht weiter. Ein NEIN des AKH-Betriebsrats war aber nicht zu hören bei Einstellung der bisher in Reinigung, Küche und Logistik Beschäftigten in den neuen AKH-Servicegesellschaften. Immerhin geht es um mehr als 300 Kolleginnen und Kollegen.

Der Arbeitgeber hatte angekündigt, dass diese Mitarbeiter*innen im nächsten Schritt spätestens zum Jahreswechsel 2020/2021 schlechtere Konditionen akzeptieren müssen oder andernfalls mit einer Kündigung zu rechnen haben. Spätestens jetzt geht es betriebsverfassungsrechtlich um eine Betriebsänderung und um angedrohte Massenentlassungen. Dies weitet die Beteiligungsrechte des Betriebsrates noch einmal erheblich aus.

Wollen wir hoffen, dass der Betriebsrat vor diesem nächsten Abgrund doch noch den Mut zur richtigen Entscheidung findet. - Die nächste Aufsichtsratssitzung findet übrigens am 4. November statt.



----- 06.08.2019 -----

Celler Immobilien

„Celler Immobilien gefragt“ titelt die Cellesche freudig – und Mieter*innen fährt ein Schock in die Glieder. Die Noratis AG, ein führendes, auf die Entwicklung von Bestandswohnungen fokussiertes Immobilienunternehmen, hatte weitere 65 Wohneinheiten in Celle gekauft. Das 1972 erbaute Objekt verfüge über eine Gesamtwohnfläche von 3.745 m² sowie 11 Parkplätze. Es liege zentral im Stadtteil Neuenhäusen. Die dortige Einwohnerzahl sei in den vergangenen fünf Jahren um gut 2,7 Prozent gestiegen, „was die weiterhin hohe Nachfrage nach Wohnraum stützt“. Noratis plane, das „Objekt der Unternehmensstrategie entsprechend in den kommenden Quartalen technisch und strukturell zu entwickeln und damit die vorhandenen Wertpotenziale zu heben“. Was nichts anderes bedeutet als steigende Mieten – für die CZ ist das eine unhinterfragte Erfolgsmeldung.

----- 16.08.2019 -----

Nebenverdienst

120.000 Euro von einem Pharmakonzern, über 300.000 Euro als „Strategieberater“: Einige Bundestagsabgeordnete haben nach Recherchen von abgeordnetenwatch.de und SPIEGEL in dieser Wahlperiode beträchtliche Nebeneinkünfte erhalten. Zu den Topverdienern gehört auf Platz 18 auch die Celler Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann (SPD). Sie hat(te) gut dotierte Funktionen in u.a. als Stellv. Bundesvorsitzende des "Deutsche Beamtenbund und Tarifunion", als Mitglied des Beirates der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, als Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Nürnberger Beamten Lebensversicherung AG, als Mitglied des Auf-

sichtsrates der Deutsche Bahn AG und der BTA Betriebs- und Anlagegesellschaft mbH. - Henning Otte (CDU) muss auf derart einträgliche Funktionen wohl warten, bis er sein Bundestagsmandat aufgibt. Dann wird – so unsere Prognose – sich ein Aufsichtsratsposten in einem deutschen Rüstungskonzern für ihn finden. Aktuell agiert er ehrenamtlich als Mitglied des Präsidiums Förderkreis Deutsches Heer e.V., Mitglied des Kuratoriums Soldaten und Veteranen Stiftung (SVS) sowie Mitglied des Vorstandes von Lachen Helfen e.V. - Der AfD MdB Thomas Ehrhorn muss sich noch ganz auf sein Bundestagsmandat konzentrieren.

abgeordnetenwatch.de-Sprecherin Léa Briand forderte Konsequenzen: „*Nebentätigkeiten von Politikerinnen und Politikern in der Wirtschaft sind ein Einfallstor für Lobbyismus. Durch die Postenvergabe an Abgeordnete erkaufen sich Unternehmen einen exklusiven Zugang zur Politik. Lobbyjobs in der Wirtschaft müssen endlich verboten werden.*“

----- 28.08.2019 -----

Kiebitzwald

Die Bundeswehr macht sich breit. Sie hat den „Kiebitzwald“ in Wietzenbruch für sich zurückerobert. Das knapp 5 ha große Gelände zwischen Fuhsekanal, der Kleingartenkolonie Kiebitzsee wurde „offiziell“ vom Bundesliegenschaftsamt an die Immelmann-Kaserne „übergeben“. Das Gelände sei zwar nicht abgesperrt und frei betretbar aber doch ein militärischer Bereich, merkte der Standortälteste Oberst Jörn Rohmann an, der gegenüber der CZ ankündigte, dass auch der Standortübungsplatz ihn Scheuen erweitert werden soll.

----- 30.08.2019 -----

Demo für OU

Wunder gibt es immer wieder ... Selten dürfte eine Demonstration schon auf ihrer Abschlusskundgebung den Erfolg einer Teilforderung gefeiert haben. Die Altenceller „BI Ostumgebung – jetzt!“ konnte sich auf der Bühne ihrer Abschlusskundgebung gar nicht retten vor ungeladenen Gästen aus der CDU, die als Nachricht mitbrachten, dass sie das, was sie bis-

her verpaddelt hatten, dann doch noch hinbekommen haben: die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Sofortvollzug eines Brückenwerks. Selbstverständlich fanden das die 1.800 Teilnehmenden toll, die sich nach einer Fahrraddemonstration und einer Reihe kleinerer Aktionen zur Abschlusskundgebung auf dem Apfelweg versammelt hatten.

----- 30.08.2019 -----

Küchenglanz

Mit einer neuen Küche für gut 500.000 Euro eröffnete das Thaers nach kurzer Umbaupause wieder den Betrieb. Das Geld für die Küche kam aus dem städtischen Haushalt. Trotzdem sollte jetzt niemand auf die Idee kommen, für Celler Bürger*innen gäbe es einen Rabatt.

----- 11.09.2019 -----

Halb voll

Fünf Jahre nach der Wiederaufnahme des Vertriebs von Strom und Gas zogen die Stadtwerke Celle Bilanz: Die Wiederaufnahme des Energievertriebs war unter anderem mit dem Ziel verbunden, einen steuerlichen Querverbund mit den Bäderbetrieben herzustellen - spricht: Steuern zu "sparen". Neben den rund 22.000 Trinkwasserkunden konnten die Stadtwerke Celle bis heute auch 7.500 Strom- und Gaskunden für sich gewinnen. Wir wollen jetzt nicht Wasser in den Wein gießen, da wir die Wiederaufnahme des Energievertriebs grundsätzlich begrüßen, aber: Die Prognose vor fünf Jahren ging von einer fast doppelt so hohen Zahl aus.

----- 23.09.2019 -----

Erwerbsarmut

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts ausgewertet. Danach ist jeder achte Haushalt (13,2 Prozent) im Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg armutsgefährdet. Darunter fallen alle Menschen, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung haben. Für Stadt und Landkreis Celle sieht sie einen großen Teil der 28.200 Menschen gefährdet, die nur einen Teilzeit- oder Minijob haben. „Insbesondere Frauen, die

halbtags oder nur einzelne Tage in der Woche arbeiten, fehlt am Monatsende das nötige Geld. Für viele Familien im Kreis ist ein Kinobesuch oder ein neuer Schulranzen längst zum Luxus geworden“, sagt Lena Melcher von der NGG Hannover. Die Gewerkschaft nimmt hier auch die Arbeitgeber in die Pflicht. "Wer sich um Tarifverträge drückt und auf prekäre Jobs statt Vollzeitstellen setzt, der sorgt für magere Lohnzettel“, kritisiert Melcher.

----- 01.10.2019 -----

Mitnahmebank

In Nienhagen gibt es jetzt eine sogenannte „Mitnahmebank“, vier weitere sollen dazukommen. Die Gemeinde Nienhagen informierte mit einer PM so:

„Sie wollen woanders hin ? Dann setzen Sie sich!“ Diese eigentlich etwas widersprüchlichen Sätze finden Sie jetzt in Nienhagen - genauer gesagt im Ortsteil Nienhorst an der ersten Mitnahmebank. Der Verein Greenhagen hat das Konzept mit seinem Car-Sharing Projekt entwickelt und damit eine Idee von Hans-Engelbert Windelen aufgegriffen, der diese vor ein paar Jahren schon einmal dem Gemeinderat als damaliger Fraktionssprecher der CDU vorgestellt hatte. Wie funktioniert das ganze? Mitnahmebänke stellen das moderne Trampen dar, sagt der Vorsitzende des Vereins Joschka Denecke. Man wählt ganz einfach an der Bank die Richtung, in der man fahren will, also z.B. von Nienhorst nach Nienhagen, Wathlingen, Celle oder Ehlershausen und setzt sich auf die Bank, wartet und steigt in das Auto, dessen Fahrer/Fahrerin zum



Mitfahren einlädt. Fünf Bänke wird der Verein in den nächsten Tagen verteilen. Die Kosten von rund 3500 € teilen sich Gemeinde Nienhagen, die Leader-Region Aller-Fuhse-Aue und der Verein. Mitfahren und Mitnahme erfolgt auf eigene Gefahr und eines ist ganz wichtig: Kinder dürfen n i c h t mitgenommen werden!“

----- 28.10.2019 -----

Fahrraddemo für Autobahn

An der Abschlusskundgebung der zweiten Demo der „BI Ostumgehung – jetzt!“ beteiligten sich rund 500 Menschen. Rund 150 fuhren vorab auf dem Fahrrad von Groß-Hehlen über Altencelle in die Altstadt – ob sie wissen, dass die von ihnen so herbeigesehnte Autobahn keine Fahrradwege bietet und Radfahrer*innen sich künftig mit Brücken und Tunneln „ertüchtigen“ können, wollen sie die Autobahn queren.

----- 10.10.2019 -----

Krieg gegen Rojava

Rund 600 Menschen demonstrierten gegen die aktuellen Angriffe der Türkei auf Rojava und die demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien. Mit Parolen und in Redebeiträgen forderten die Demonstrant*innen das sofortige Ende des Krieges. Dazu sollte jede Unterstützung des türkischen Regimes durch die Bundesrepublik sofort eingestellt werden. In einer Rede hieß es: „Die deutschen Waffen – sprich die deutsche Wirtschaft – und die deutsche Politik schaffen Fluchtursachen, Leid und Tod in der ganzen Welt. Das muss sich sofort ändern. Wir fordern den sofortigen Abbruch aller wirt-

schaftlichen und politischen Beziehungen mit der Türkei.“

In den Reden wurde auf den Widerspruch hingewiesen, dass die Kriegspolitik des türkischen Staates Fluchtursachen schafft, von Seiten der Bundesrepublik und der EU jedoch Gelder an Erdoğan fließen, um Flüchtlinge abzuhalten. Dieser Krieg wird unzähligen Menschen das Leben kosten und hunderttausende zur Flucht treiben.

Die Politik und die Menschen hier dürften diesem Völkermord nicht tatenlos zusehen, wurde in Reden gefordert: „Das faschistische Regime der Türkei möchte ein demokratisches Gesellschaftsprojekt zerstören, welches auf Frauenbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie aufgebaut ist. Dies sind Werte, die auch für uns hier gelten und unserer Unterstützung und Verteidigung bedürfen.“

Die Organisator*innen von Riseup4Rojava – Celle kündigten an, mit den Protesten nicht zu ruhen, bevor der Krieg in Syrien aufhört.

Viele unterschiedliche Menschen waren dem kurzfristigen Aufruf gefolgt. Manche schlossen sogar ihre Läden früher, um bei der Demonstration teilnehmen zu können.



Rojava – die Welt wird enger mit jedem Tag



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Irgendwie kommt mir bei der Situation von Rojava die Fa-
bel von Kafka in den Sinn: „*Die Welt wird enger mit jedem Tag.*“

Der lange Lulatsch: Ja, es ist grausam, nur noch die Wahl zu haben
zwischen Pest und Cholera.

Der Besserwisser: Was habt ihr erwartet von den USA unter Trump?

Oma Lilo: Naja, der Verrat ihres Bündnispartners im Rahmen der Anti-
IS-Koalition stößt nun nicht überall in den USA auf Wohlgefallen.

Der Besserwisser: Nur nebenbei: Auch Deutschland ist Teil der Inter-
nationale Allianz gegen den Islamischen Staat. Aber egal. Keine Groß-
oder Regionalmacht hat ein Interesse an gesellschaftlichen Experimen-
ten, die neoliberalen Kapitalismus und nationalstaatliche Herrschaft in
Frage stellen. Die Autonome Region Kurdistan im Nordirak gibt es nur,
weil sie sich brav an alle Regeln kapitalistischer Herrschaft hält.

Der lange Lulatsch: Und jetzt? Kommt die Türkei durch mit Besat-
zung und Bevölkerungsaustausch?

Der Besserwisser: Vor den Internationalen Gerichtshof in den Haag
wird man Erdogan nicht zerren, und dass nicht nur, weil die Türkei
nicht Vertragspartner ist. Die wichtige Frage wird werden: Was versteht
Russland unter Stabilität? Werden sie eine Besatzung akzeptieren?

Der lange Lulatsch: Ich habe leider den Eindruck, dass sie erstmal
auch daran interessiert sind, dass die YPG/YPJ weiter geschwächt wird.
Die Bevölkerung soll bloß nicht glauben, die Selbstverteidigungskräfte
könnten sie schützen.

Die Dicke: Was sie gegen die türkische Armee ja auch nicht können
wie schon Afrin gezeigt hat.

Der Besserwisser: Und deshalb ist jetzt der syrische Staat mit dem
großen Bruder Russland wieder im Spiel.

Oma Lilo: Und wie geht's weiter

Der Besserwisser: Es wird einen Lösung geben, die für alle gesichts-
während ist. Russland wird sich auf die sogenannte Schutzzone einlas-
sen. Die Kontrolle wird erstmal zwischen der Türkei und der syrischen
Armee aufgeteilt. Dann wird es eine Art Rückzugsvereinbarung geben
ab dem Zeitpunkt, wo der syrische Staat sich mit einer Verfassung neu
konstituiert. Die kurdischen militärischen Kräfte und die Zivilgesell-
schaft haben in der Frage nichts mehr zu sagen. Das ist jedenfalls mei-
ne Prognose.

Die Dicke: Und der von der Türkei angestrebte Bevölkerungsaus-
tausch?

Der Besserwisser: So blöd das jetzt meinerseits klingt: Da lässt sich
wohl nur auf sowas wie internationale Öffentlichkeit hoffen. Und das
wird sich die EU gegenüber der Türkei dann wieder etwas kosten las-
sen bzw. andersum: Die Türkei wird es sich bezahlen lassen.

Die Dicke: Für das Projekt Rojava ist es schon ein katastrophaler Rück-
schlag. Die Herausforderung der kapitalistischen Moderne ist an die

Grenzen gekommen. Und sowas wie föderale Selbstverwaltung hätte es nur noch aus einem Besatzungsinteresse der USA geben können. Selbst wenn die Türkei das Modell nicht kriegerisch zerstören kann, Russland wird's im besten Fall eindampfen auf das, was Bestandteile der kapitalistischen Moderne sind: Frauenrechte, eine halbwegs bürgerliche Justiz, im besten Fall noch föderale Rechte in Sachen Kultur. Wobei die aktuelle syrische Verfassung nichts davon kennt.

Oma Lilo: Und YPG bekommt syrische Uniformen?

Der lange Lulatsch: Vielleicht gibt's ja doch noch eine Chance. Immerhin hat der internationale Druck schon dazu geführt, dass die Türkei keinerlei Unterstützer hat bei ihrem völkerrechtswidrigen Krieg.

Die Dicke: Ja – aber, sag ich mal. Deutschland ist doch ein typisches Beispiel. Verhindert ein Embargo ...

Klein Jonas: Was ist ein Embargo?

Die Dicke: Die Europäischen Union hätte ein Waffen-Embargo verhängen können. D.h.: Kein Mitgliedsstaat der EU hätte weiter Waffen an die Türkei liefern dürfen – was immerhin kein Zeichen gewesen wäre. Aber das hat Deutschland blockiert. Und warum? Offensichtlich, weil es noch Waffen liefern will.

Oma Lilo: War da nicht die Überschrift: Deutschland stoppt Waffenexporte?

Die Dicke: In Wahrheit hat die Bundesregierung verkündet, sie werde keine neuen Genehmigungen für alle Rüstungsgüter erteilen, die durch die Türkei in Syrien eingesetzt werden könnten. Also: Alles, was schon genehmigt ist, wird geliefert.

Der lange Lulatsch: Und so wird die Türkei in 2019 wie schon 2018 die Nummer eins unter den Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter.

Oma Lilo: Nicht einmal eine große Klappe und gar nichts dahinter.

Der Besserwisser: Die Groß- und Regionalmächte scheißen sowieso auf euren Pazifismus.

Oma Lilo: Aber das Problem ist doch nicht, dass zuviele Leute gegen den Krieg auf die Straße gehen, sondern zu wenige. Ihr habt's doch auch hier bei den Demos durch die Altstadt gesehen. Ja. Eine ganze Menge Kurd*innen, aber doch nur lächerlich wenige Menschen ohne Migrationshintergrund.

Die Dicke: So merkwürdig ist das nicht. In jeder Zeitung ist zu lesen: „Die Türkei sieht in der Kurdenmiliz YPG eine Terrororganisation.“ Der Mörder behauptete also, von seinem Opfer sei eine Gefahr ausgegangen. Und wenn's in jedem Bericht steht, wird schon irgendwas dran sein.

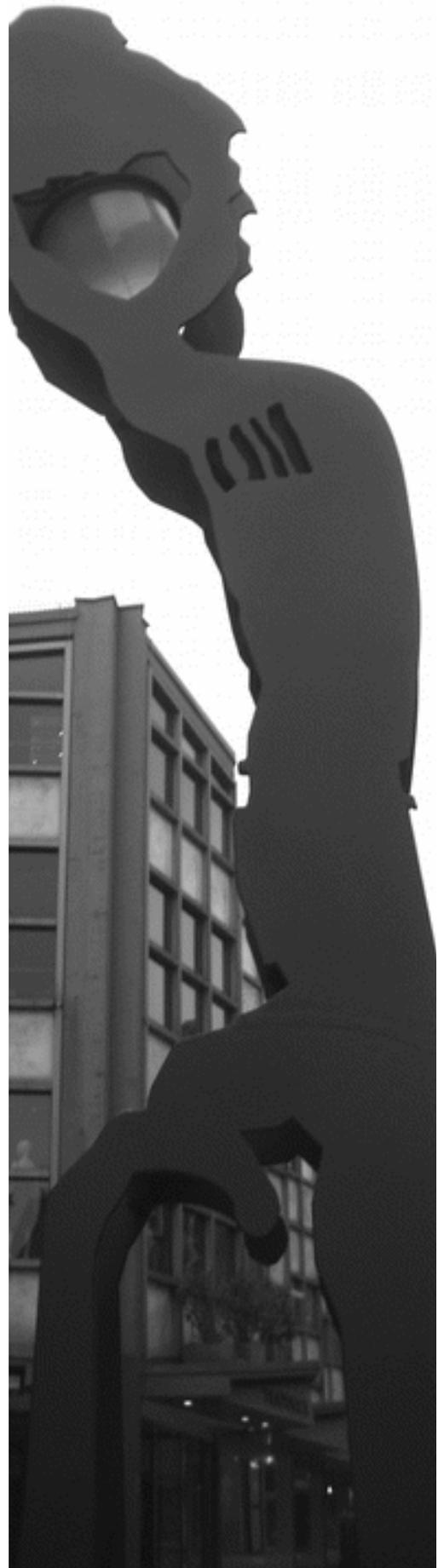
Oma Lilo: Was tun?

Die Dicke: Weiter gegen Rüstungsexporte ...

Der lange Lulatsch: ... und selbstverständlich Solidarität. Die Kurd*innen müssen erzwingen, dass sie noch in das Verfassungskomitee hineinkommen, auch wenn's aus einer Abmachung zwischen Russland, Türkei und Iran entstanden ist. Etwas anderes wird es nach dem Abzug der USA nicht geben.

Oma Lilo: Und das Gesellschaftsmodell?

Der Besserwisser: Da wird sich zeigen, was tatsächlich gesellschaftlich verankert war. Wo Selbstermächtigung stattgefunden hat, wird dieser Emanzipationsgewinn hoffentlich nicht einfach so aufgeben und mindestens in Nischen überleben.



Rheinmetall entwaffnen – kleiner Rückblick

„In Australien winkt dem Rüstungskonzern Rheinmetall der nächste Großauftrag für Panzer. Dort fühlt sich Vorstandschef Armin Papperger willkommen – anders als in Deutschland.“ So leitete die FAZ am 19.9.2019 einen Bericht ein, der die Überschrift trug: „Hier gibt man uns nicht mal die Hand“. Papperger berichtet, dass bei der Eröffnung des Rheinmetall-Technologiezentrums Supashock in Adelaide 120 Gäste, vorwiegend aus Politik und Militär, anwesend gewesen seien. Im Bericht heißt es dann weiter:

„Das wäre in Deutschland unvorstellbar“, sagt Papperger. „Hier gibt man uns nicht mal die Hand, weil sie sagen: ‚Das ist Defense-Industrie, das ist gefährlich.‘ Dabei produzieren wir Güter für die Sicherheit dieses Landes.“ Vor wenigen Tagen seien 100 Demonstranten vor seinem Privathaus aufgetaucht. Der Rheinmetall-Chef beklagt eine „öffentliche Hetzkampagne“ gegen seine Branche. „Ich würde mir wünschen, dass die Politik mal ganz klar sagt, dass wir die Rüstungsindustrie in Deutschland brauchen“, sagt Papperger, der sein gesamtes Berufsleben bei Rheinmetall verbracht hat und seit sechs Jahren an der Spitze steht.“

So fand über einen Umweg dann doch noch eine Aktion am Rande des Unterlüßer „War starts here“-Camps seinen Weg eine Berichterstattung in eine überregionale Zeitung. Ansonsten waren nämlich alle Blätter, die ihre Leser*innen mit mehrseitigen Börseninformationen beglücken wenig interessiert an der Aktionswoche und Demonstration gegen den Rüstungskonzern Rheinmetall. Überregional berichteten einzig das *Neue Deutschland* und die *Junge Welt*.



Papperger beklagt sich übrigens auf hohem Niveau. In der Kampagnenwoche stieg die Rheinmetall-Aktie fast an ihr Allzeithoch, und das Jahr 2019 könnte für die deutsche Rüstungsindustrie das beste Exportergebnis aller Zeiten bringen.

Trotzdem: Öffentlich ist der Ruf der Waffenschmieden in Deutschland in der Tat nicht gut. Und was dazu beiträgt sind gerade die Aktivitäten gegen Rheinmetall.



Bis zu 300 Menschen im Camp

Vom 1.-8. September fand am Produktionsstandort des Waffenherstellers Rheinmetall in Unterlüß das „Rheinmetall Entwaffnen“-Camp statt, an dem sich über 300 Menschen beteiligten.

Es gab Workshops und Diskussionen zur Geschichte der militarisierten Region der Lüneburger Heide und des Konzerns Rheinmetall im deutschen Faschismus bis heute, die Rolle von Rheinmetall und der Bundesrepublik in aktuellen Kriegen und dem tödlichen europäischen Grenzregime. Auch ökologische Faktoren von Krieg, feministische Perspektiven auf eine Antikriegsbewegung und der Blick auf gesellschaftliche Lösungskonzepte jenseits von Unterdrückung und Herrschaft wurden diskutiert.

Straße der Erinnerung

Mit der Aktion „Straße der Erinnerung“ wurde eine Initiative zur Gedenkkultur an die 900 ungarischen jüdischen Zwangsarbeiterinnen aus dem Tannenberglager gestartet. Damit sollte die Geschichte dieser KZ-Außenstelle ebenso wie die der tausenden anderen Zwangsarbeiter*innen für Rheinmetall im Faschismus sichtbar gemacht werden. Erschreckenderweise wurden angebrachte Markierungen und Erinnerungsplakate in den darauffolgenden Nächten mutwillig zerstört.

29 Stunden Blockade

Ab dem 5. September gab es über 29 Stunden verschiedene Blockadeaktionen, mit denen die Zufahrten zu Rheinmetall versperrt und die Produktion der tödlichen Waren massiv gestört wurde. Große Sitzblockaden, Ankettungs- und Kletteraktionen machten die Straßen dicht und wurden von Barrikaden auf Waldwegen ergänzt.

600 Menschen auf Demonstration

Auch die Demonstration am 7. September mit über 600 Teilnehmenden war ein starker gemeinsamer Ausdruck gegen eine Politik, durch die Firmen wie Rheinmetall Profite am weltweiten Morden machen.

Protest gegen die Laboratorien des Krieges

Der Samstag auf dem Camp „Rheinmetall Entwaffnen“ in Unterlüß bot neben der Demonstration am Vormittag eine Informationsveranstaltung zu Rheinmetall-Niederlassungen auf Sardinien und in Südafrika.

Aus Südafrika war Rhoda Ann Bazier angereist. Sie ist seit 2001 Vertreterin des ANC im Stadtteil Makkasar von Kapstadt und eröffnet ihren Vortrag kämpferisch mit den Parolen „*Power to workers struggle*“ und „*Amandala!*“.

„*Unser Ansatz war immer: wenn du sie nicht schlagen kannst, werde Teil von ihnen. Wir sind in die Parlamente gegangen, um Arbeitsbedingungen in den schwarzen Stadtteilen zu verändern*“, erklärt Rhoda. In Südafrika gibt es als Folge der Apartheid immer noch große Widersprüche zwischen arm und reich.

Sie erklärt, dass sich in Makkasar seit der Apartheid nicht viel geändert habe. In dem Stadtteil betreibt Rheinmetall eine Munitionsfabrik. 90 Prozent der Arbeiter*innen sind Gelegenheitsbeschäftigte, oft daure es Jahre, bis sie eine Festanstellung bekommen. Die Beschäftigung sei durch die Leiharbeitsfirma Blue organisiert. In dem Betrieb werden Handgranaten, Schießpulver, chemische Waffen und Raketen hergestellt. Seit Jahren sei es immer wieder zu Explosionen gekommen, bei denen Menschen schwer verletzt wurden und sogar Gliedmaßen verloren hätten. „*Du arbeitest dort für Jahre, wirst durch die Giftstoffe vergiftet und verletzt. Wenn du endlich Rente bekommst, hast du nicht mehr viel davon, denn du stirbst schnell durch all die Chemikalien*“, fährt Rhoda fort.

„Wir wollen, dass Rheinmetall in Makkasar geschlossen wird“

2018 gab es einen schwerwiegenden Unfall, bei dem acht Menschen ums Leben kamen. Ein ganzer Wohnblock flog in die Luft. „*Wir wollen, dass Rheinmetall diese Fabrik schließt, darum bin ich hier, um weltweite*

Unterstützung für diese Forderung zu finden“, so Rhoda. „*Zwei Tage nach der Explosion sollten die schwer traumatisierten Familien viele Papiere unterschreiben, ohne dass sie wussten, um was es ging.*“

Rhoda beschrieb weiter, dass die Familien ihre Toten nicht sehen konnten. Rheinmetall habe versucht, den Unfall einem der getöteten Vorarbeiter in die Schuhe zu schieben. Die einzige überlebende Zeugin, Shafika Naidoo, ist eine Gelegenheitsarbeiterin, die erst kurz zuvor fest angestellt wurde. Im Juli dieses Jahres wurde sie entlassen, als sie psychologische Behandlung aufgrund des erlittenen Traumas brauchte. Als sie Arbeitslosengeld beantragen wollte, musste sie feststellen, dass ihre Papiere nicht registriert waren. Es sei eine Praxis von Rheinmetall, den Beschäftigten keine Kopie der Arbeitsverträge zu geben. Shafika Naidoo bekommt daher kein Arbeitslosengeld.

In der Folge mussten die Angehörigen der Toten, die im Alter von 18 bis 42 Jahren waren, feststellen, dass Rheinmetall sie mit einer sehr geringen Summe von nur einer Million Rand (ca. 60.000 EUR) abspesen wollte. Familien, die ihre Ernährer*innen verloren hatten, konnten das Schulgeld für ihre Kinder nicht mehr bezahlen. Sie wurden überhaupt nur unterstützt, wenn sie auf weitere Forderungen verzichteten. Einige Familien ließen sich aus Not auf diesen Deal ein. Rheinmetall versuchte zu verhindern, dass die Familien zusammenkamen. „*Die Familien wurden in ihrer Trauer überrumpelt, damit sie unterschreiben*“, kritisierte Rhoda den Konzern.

Sardinien - Laboratorium des Krieges

Auch auf Sardinien ist Rheinmetall tätig. Stefania aus der antimilitaristischen Bewegung beschrieb die Militärpräsenz auf Sardinien als sehr stark. Die antimilitaristische Bewegung auf der italienischen Insel im Mittelmeer ist schon seit den 1950er Jahren aktiv. Sie richtet sich gegen die Übungsgelände und Rüstungsbetriebe. Rheinmetall hat dort mit der SPA Italia eine 100-prozentige Tochterfirma, die Bomben und Minen produziert, führte Stefania aus. Der Sprengstoff werde von einer italienischen Firma hergestellt, die zunächst für zivile Zwecke wie Straßen- und Bergbau produziert, sich in den 2000er Jahren jedoch mit Rheinmetall verbunden habe. Der Widerstand gegen die Produktion sei vor allem mit der ersten Intifada und dem Irakkrieg entstanden. 2011 wurde Rheinmetall Italia gegründet, der offizielle Sitz ist in Rom. Rheinmetall hat die italienischen zivilen Firmen übernommen und zu einem Teil von Rheinmetall Defence umgewandelt.

Vor 2015 waren Großbritannien, Frankreich und Saudi-Arabien die Hauptkunden, seit dem Jemenkrieg sind es Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Widerstand wachse seither aus ethischen,

Foto: Regionalbüro Keul



Rhoda-Ann Bazier berichtete auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Katja Keul am Tag darauf auch bei einem „Politischen Frühstück“ des KV B'90/Die Grünen in Celle



Demonstration auf Sardinien 2017

aber auch aus ökologischen Gründen, erklärte Stefania. Große Teile von Sardinien seien militarisiert, sowohl zu Land als auch über dem Seegebiet finden ständig militärische Übungen statt. 65 Prozent der Militäranlagen Italiens befinden sich auf Sardinien. Der Militärflughafen wird sowohl von der italienischen als auch von der deutschen Luftwaffe genutzt. Ständig finden Luftwaffenübungen, Panzerübungen, Übungen mit verschiedensten Rüstungsgütern statt. Jedes Rüstungsunternehmen weltweit kann dort Übungen durchführen, vor allem käme es zum ständigen Einsatz von Kampfjets. Sardinien sei ein Laboratorium des Krieges.

Seit den 1990er Jahren werden viele Informationen gesammelt und eine Gegenöffentlichkeit geschaffen. Es wurde versucht, juristisch gegen die Militarisierung vorzugehen. Immer wieder gibt es Demonstrationen, so zum Beispiel 2014 gegen die Beteiligung Israels an einer Militärübung im Ort Capo Frasco. Bis zu 10.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, Zäune zu den Übungsplätzen wurden zerschnitten. In der Folge sagte Israel die Beteiligung an der Übung ab.

Danach konzentrierte sich der Widerstand auf ökonomischen Schaden, so wurden zum Beispiel Blockaden an Produktionsstandorten durchgeführt. Es sei auch gar nicht nötig, in die Anlagen hineinzugelangen. „Wir haben herausgefunden, dass die Produktion gestoppt werden muss, wenn sich Menschen direkt bei der Anlage befinden“, fährt Stefania fort.

Rheinmetall investiert weiter

Im April 2017 wurde eine Demonstration zu einem Beerdigungszug für die Kinder in Jemen durchgeführt, denn es war der zweite Jahrestag des Kriegsbeginns im Jemen. 2017 beschloss Rheinmetall, 40 Millionen Euro in den Ausbau zu investieren. Der Ausbau sei jedoch illegal, denn es gebe keine Genehmigungen zum Ausbau von Militäranlagen, ebenso fehlen Umweltverträglichkeitsstudien, erklärt Stefania. Sicherheitszertifikate fehlen, denn Explosivstoffe dürfen nicht in der Nähe bewohnter Gebiete produziert werden.

Die Veranstaltung hat deutlich gezeigt, dass Rheinmetall grenzenlos und gewissenlos Waffen für die Kriegsgebiete der Welt produziert und auch der Widerstand sich international organisieren muss, um Rheinmetall zu stoppen.

Keine weitere Gewalt?

Selbstverständlich fühlen sich Leute in Unterlüß belästigt von ethischen Fragen, wie sie die bloße Anwesenheit von Kriegsgegner*innen vor Ort aufwerfen. Und die einfache psychologische Reaktion ist dann, die „Gewalt“ bei den Anderen zu verorten. Nachdem Polizei, Öffentlichkeit und auch der Konzern die Aktionen – zumindest nach außen – eher gelassen registrierten, fühlten sich Unterlüßer Bürger*innen veranlasst, mit einer Online-Petition zu reagieren: „Keine weitere Gewalt und Sachbeschädigung durch eine Demo in Unterlüß!“ Neben 500 Unterzeichner*innen fanden sie die Unterstützung der AfD-Kreistagsfraktion und des AfD-MdB Ehrhorn, und auch der CDU-MdL und „Law & Order“-Beauftragte Thomas Adasch meldete sich zu Wort. Das Bündnis reagierte mit einer Pressemitteilung:

„In den letzten Tagen drehte sich die Berichterstattung in der Celleschen Zeitung darum, dass vom 'Rheinmetall entwaffnen'-Camp Gewalt und Sachbeschädigung ausgegangen sein soll. Dazu werden Bilder von Farbe auf einem ausgemusterten Panzer, einem Briefkasten und einer Straße präsentiert. Politiker kommen zu Wort, die Friedensaktivist*innen als 'Chaoten' oder 'scheinheilig' bezeichnen.

„Diese Diskussionen dienen lediglich dazu, von den Inhalten der Aktionswoche abzulenken. Während die Waffen von Rheinmetall an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt sind und Zivilist*innen mit Waffen aus deutscher Produktion getötet werden, sind viele nicht bereit, über ethische Probleme der Waffenproduktion zu sprechen. Wenn Rheinmetall ein Waffensystem mit „low cost to kill“ bewirbt, geht es um nichts anderes als Profite mit dem Tod. Genau darüber sollten wir streiten und nicht um Flatterband an Gartenzäunen oder ein bisschen Farbe“, so Lukas Barlian vom Bündnis 'Rheinmetall entwaffnen'.

Das Bündnis 'Rheinmetall entwaffnen' hat in den vergangenen Tagen bewusst darauf verzichtet, tätliche Angriffe gegen Demonstrant*innen, lebensgefährlichen Umgang mit Kletteraktivist*innen, sowie gegen Kriegsgegner*innen gerichtete Sachbeschädigungen und Beleidigungen zu thematisieren. „Wir wollen nicht in den Mittelpunkt stellen, wie mit uns umgegangen wird, sondern was die Folgen der Waffenproduktion sind: Tod, Zerstörung, Verletzungen und Vertreibung von Millionen Menschen“, so Barlian. Dass sowohl Politiker, als auch Menschen aus der Region gegen die Antimilitarist*innen Stimmung machen überrascht ihn nicht: „Mit unserem Protest legen wir den Finger in die Wunde – kein Wunder, dass daraufhin einige anfangen zu schreien.[...]“



Gern genutztes Motiv für Vandalismus

Zum Klima“päckchen“ der GroKo

Um den Kohle- und Atomausstieg bis 2038 oder gar 2030 und CO₂-Null bis 2050 zu erreichen, müssten – laut Expert*innen – bereits in den nächsten zehn Jahren ca. 500 Mrd. Euro investiert werden: z.B. in den Ausbau der Stromnetze, von Wind- und Solarstrom, von großen dezentralen Strom- und Power-to-Gas-Speichern, Ausbau des ÖPNV, Gebäudesanierung usw.

Das Fake-Paket der GroKo

Stattdessen hat die GroKo ein Klimapaket beschlossen, das eine für die CO₂-Reduzierung nötige Energiewende ohne strikte staatliche Regulierung und ohne staatliche Groß-Investitionen erreichen will: Es werden nur einige 10 Mrd. herumgeschoben und dazu CO₂ „geling“ bepreist. Kein Wunder, dass das Paket bei der Nach-uns-die-Sintflut-Fraktion Zustimmung findet, aber bei Wissenschaftler*innen und Klimaaktivist*innen Entsetzen hervorruft. Wesentliches Element in dem Paket ist die Bepreisung von CO₂ in Form von Emissionszertifikaten oder einer indirekten CO₂-Steuer (z.B. Flugsteuer).

Schadstoffhandel statt Verbot

Der EU-Emissionshandel (EU ETS) soll seit 2005 die Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich senken. Jeder industrielle CO₂-Emittent muss für jede Tonne CO₂ ein Zertifikat vorlegen, von denen es nur eine begrenzte Menge pro Jahr gibt. Ein Teil der Zertifikate wird kostenlos zugeteilt, der Rest versteigert. Die Firmen können unbenutzte Zertifikate verkaufen oder zusätzlich benötigte kaufen. Um zu verhindern, dass energieintensive Firmen ihre Produktion in Länder außerhalb der EU verlagern, erhalten sie einen höheren Anteil kostenloser Zertifikate. Ganz nach dem Prinzip: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.“ Genau diese Firmen aber produzieren 75% der industriellen CO₂-Emissionen. Andererseits, gäbe es billigen regenerativen Strom, Wasserstoff oder Methan würden diese Firmen sofort auf CO₂-frei umsteigen!

Handel und Abbau – ein Widerspruch in sich

Wenn Unternehmen Zertifikate erwerben, zeigt dies, dass der Erwerb von Emissionsrechten für sie gewinnbringender ist als eine Minderung ihrer CO₂-Emissionen. Die für eine CO₂-Minderung erforderlichen Investitionen sind i.d.R. so groß, dass man für dasselbe Geld viele Jahre lang Emissionszertifikate kaufen kann. Zwar wurden von 1990 bis 2016 die industriellen CO₂ Emissionen in der EU um ca. 24 % gesenkt, bei 54 % Zunahme der Produktion. Doch dies war Folge vom Einsatz neuer energieeffizienterer Produktionsanlagen, die aus Gründen der Produktivitätssteigerung oder der Produktionsausweitung erfolgten und nicht wegen der CO₂-Zertifikate, die mit 2,50 bis 28 Euro/t CO₂ aus der Portokasse be-

zahlen werden konnten. Für ein wirkungsvolles ETS hätte der Preis von Anfang an bei über 80 Euro/t CO₂ liegen müssen. Das IPPC meint – egal ob Zertifikate oder Steuer: Für CO₂-Null bis 2050 müsste man 2020 mit 200 Euro/t starten und schnell auf über 400 Euro/t steigern. Stattdessen will die GroKo den Emissionshandel auf Heizung und Verkehr erweitern und mit 10 oder 15 Euro/t starten (d.h. Heizöl und Treibstoff verteuern sich um ca. 3 Cent/l), B '90/Die Grünen schlagen „kühne“ 40 Euro/t vor.

Besteuern und zurückgeben – Effekt Null

Ob Erweiterung des Emissionshandels oder CO₂-Steuer – solche Rasenmäher-Maßnahmen belasten vor allem Arme und Normalverdiener*innen, die aus eigener Kraft ihren CO₂-Ausstoß nur unwesentlich senken können, während die Reichen sich einen 700 PS Elektro-Porsche leisten. Um keine Wähler*innen zu verschrecken, werden deshalb die durch CO₂-Bepreisung erzielten Einnahmen wieder an Teile der Bevölkerung ausgeschüttet. So will die GroKo z.B. die Pendlerpauschale erhöhen, eine Mobilitätspauschale für Geringverdiener*innen einführen und den Strompreis senken. Woher bei diesem Linke-Tasche-Rechte-Tasche-Trick das Geld für die nötigen Energiewende-Investitionen kommen soll, bleibt ein Rätsel? Und wo bleibt der für eine Energiewende nötige „lenkende“ Effekt auf die Masse der Bevölkerung? Welche Alternativen bietet der Staat Normalbürger*innen an, um beim Heizen oder im Verkehr CO₂ zu sparen?

Beispiel Individualverkehr auf dem Land

Jede wirksame CO₂-Bepreisung wäre für Endverbraucher*innen, die notgedrungen mit dem Pkw zur Arbeit pendeln, eine erhebliche Mehrbelastung. Auch Fahrgemeinschaften oder Mitfahrer-Bänke sind angesichts der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitstagen quantitativ kaum eine Ausweichmöglichkeit. Alternative zum Individual-PKW könnte nur der Aufbau eines öffentlichen 18h Shuttle-Bussystems im 10-Minuten-Takt sein, kombiniert mit einem billigen öffentlichen E-PKW-Leihsystem. Zumindest die Grundinvestition dazu müsste als Zuschuss vom Bund kommen. Erst wenn solche öffentlichen Mobilitäts-Systeme existieren, können Endverbraucher*innen wirklich „umgelenkt“ werden.

Beispiel Wohnen zur Miete und im Eigenheim

Zum Erreichen von CO₂-Null in 2050 müssten ca. 90 % aller Wohnungen und Häuser in den nächsten 20 Jahren auf Passivhaus- oder PLUS-Energie-Standard umgestellt werden. Das sind Investitionen, die sich normal verdienende oder verrentete Eigenheim-Besitzer*innen nicht leisten können. Und wenn nach energetischer Sanierung die Miete verdoppelt werden kann, treibt das auch Millionen Mieter*innen in die Armut. Dass so et-

was staatlich reguliert und finanziert auch anders funktionieren kann, zeigten die 1950er Jahre: Die noch „arme“ BRD förderte mit Zuschüssen und langfristig zinslosen oder niedrig verzinsten Darlehen den Bau von Mill. Eigenheimen und Mietwohnungen für Flüchtlinge und kinderreiche Geringverdiener*innen. Und falls Immobilienfirmen unzufrieden sind, weil sie die energetische Sanierung nicht mehr auf die Mieter*innen umlegen dürfen, könnten sie das Geschäft ja gerne gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften überlassen.

Woher soll der Staat das Geld nehmen?

Kurzfristig ca. 500 Mrd. bzw. bis 2050 sogar ca. 1,5 Bill. Euro für CO₂-Null einzusetzen, scheint viel. Doch betrachten wir den Flugverkehr mit 34 öffentlichen Flughäfen in Deutschland, die größtenteils staatlich subventioniert sind. Wenn man die z.B. auf fünf zusammenstreicht, wäre viel Geld verfügbar. Oder eine Flugsteuer: Nicht die 3,50 bis 17,50 Euro der GroKo, sondern 20 % und mindestens 100 Euro auf jeden Flug brächte durch die sinkenden Flugzahlen zwar kein Geld, würde aber kostenlos den CO₂-Ausstoß senken. Betrachten wir den PKW-Verkehr: Eine exponentiell mit Gewicht und CO₂-Ausstoß steigende PKW-Steuer nebst 130 km/h Beschränkung oder 30/80/100), was PS-starke PKW unattraktiv machen würde, brächte Geld und senkte kostenlos den CO₂-Ausstoß. Oder auch eine verdreifachte LKW-Maut auf allen (!) Straßen sparte Geld beim Straßenbau, brächte viel Geld für den Ausbau der Bahn und würde viele Lärm und Abgas geplagte Menschen entlasten. Oder auch die Einführung einer Vermögenssteuer, für die nur bei Investitionen in Erneuerbare Energien Ermäßigungen geboten würden. Eine nicht durch marktwirtschaftliche Ideologien vernebelte Politik könnte viel, wenn sie nur wollte.



Dieses durchgehend im generischen Femininum gehaltene rosa Büchlein ist sowohl Handbuch für die Gründung einer Ortsgruppe von Extinction Rebellion, als auch anregendes Textbuch mit zahlreichen Aufsätzen teils auch bekannterer Autoren. Das inklusive wir* im Titel des Buches (so ist das Sternchen zu verstehen) steht dabei für die Einladung, auch in der Klimabewegung aktiv zu werden.

Beim Lesen wird schnell klar, dass es dieser jungen Bewegung nicht nur auf einen möglichst raschen Ausstieg aus der Produktion von Treibhausgasen ankommt, sondern ihr Ansatz erheblich breiter ist. So wird ebenso dringlich die Beendigung des sechsten Massenaussterbens eingefordert und zugleich auch an den Grundlagen für ein besseres, menschen- und naturfreundliches Zusammenleben gearbeitet. Wesentlicher Bestandteil der Forderungen ist auch eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft, vor allem mittels Bürger*innen-Versammlungen, d.h. repräsentativen Gremien, deren Teilnehmer*innen per Losverfahren bestimmt werden.

Im praktischen Teil werden allerlei hilfreiche Grundlagen für die Organisation und Durchführung gewaltfreier Formen zivilen Ungehorsams vorgestellt. Diese Themen werden allerdings wesentlich ausführlicher im Internet behandelt, so dass der wichtigste Beitrag dieses Buches in den diversen Aufsätzen zu sehen ist. Diese beleuchten sowohl den Ansatz und die Geschichte von Extinction Rebellion als auch die Klimakrise im Allgemeinen aus unterschiedlichen Blickrichtungen und bieten so einen umfassenden Einblick in die Motivation und das Selbstverständnis dieser Bewegung. Etwas mehr als die Hälfte dieser meist nur wenige Seiten langen Aufsätze stammen aus dem englischen Originalhandbuch, welches ebenfalls in 2019 erschienen ist. Die anderen sind für die deutsche Ausgabe neu verfasst worden.

Ein wichtiger Aspekt ist die Betonung des emotionalen Umgangs mit den Erkenntnissen der Klimawissenschaften. Führt man sich die für das Best-Case-Szenario (Einhaltung des 1,5°-Ziels) angekündigten Verheerungen vor Augen, so sind Trauer und Verzweiflung menschliche und angemessene Reaktionen. Dies gilt umso mehr, als nach heutigem Wissen bei ungünstigerer Entwicklung ein Aussterben der Menschheit zumindest in Teilen der Welt durchaus möglich sein könnte. Um mit der emotionalen Wucht hinter diesen nüchternen Wahrheiten umgehen zu können, wird in mehreren der Aufsätze ein sich gegenseitig unterstützender, von Empathie und Liebe geprägter Ansatz beschrieben, wobei dieser Ansatz inklusiv verstanden wird, d.h. auf alle Menschen anzuwenden ist. Somit ist auch die konsequente Gewaltlosigkeit kein rein taktisch gewähltes Vorgehen, sondern lässt sich folgerichtig aus diesem Umgang mit der Klimakrise ableiten.

Kaufmann, Sina Kamala u.a. (Hrsg.) : „wann wenn nicht wir* - ein extinction rebellion handbuch“ , S. Fischer Verlag (2019) , 12,00 EUR

Klimanotstand beschäftigt Kommunalpolitik

Neben der Stadtratsfraktion der SPD – wir berichteten in der #95 – hatte auch die Kreistagsfraktion im Juni einen Antrag zum Klimanotstand eingebracht. Ende Oktober geht er jetzt durch die Gremien und ist nach unserem Redaktionsschluss am 28.10. im Kreistag. Die SPD hatte beantragt:

„Der Kreistag Landkreises Celle schließt sich wie viele andere Kommunen auch der Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency (dt. Klimanotstand) an. Der Kreistag bringt damit zum Ausdruck, dass die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen für den Landkreis Celle oberste Priorität hat.

Hierfür entwickelt die Kreisverwaltung einen Masterplan „100% Klimaschutz“ und orientiert sich dabei an den strategischen Zielen in Bezug auf das Pariser Klimaabkommen. [...]

Konkret wird mit der Ausrufung des Klimanotstandes zudem festgelegt, dass jegliches Verwaltungshandeln des Landkreises an den Gesichtspunkten des Klimaschutzes orientiert wird. “

In der Begründung nennt die SPD-Fraktion einige „Bausteine eines entsprechenden Masterplans“:

- Versorgung aller kreiseigenen Liegenschaften ausschließlich aus regenerativen Energien
- Beschaffung ausschließlich von klimaneutral hergestellten Verbrauchsgütern
- Beschaffung ausschließlich mit regenerativen Energien betriebener Fahrzeuge
- Unterstützung von klimaneutralen Mobilitätsangeboten
- Unterstützung des naturnahen Tourismus
- Unterstützung von Industrie und Handwerk bei der klimaneutralen Produktion und der Erzeugung klimaschützender Produkte (Wirtschaftsförderung)
- u.v.m.

Der wichtigste Punkt dürfte „u.v.m.“ sein, denn deutlich wird, dass „die“ Kommunalpolitik die Größe der Aufgabe noch nicht erfasst hat. Es kann nicht nur darum gehen, im eigenen Haus (sprich Immobilien der Kreisverwaltung) und bei der eigenen Mobilität für CO₂-Neutralität zu sorgen und hier und da etwas zu unterstützen. Zum Beispiel geht es auch im Landkreis Celle noch um den Ausbau der Windkraft (aber klar, genau da fängt es an, unpopulär zu werden.)

Kein Wunder, dass die Vorlage der Kreisverwaltung nach dem Motto verfahren kann: „Ik bin all door.“ Denn selbstverständlich bezieht die Kreisverwaltung Strom aus erneuerbaren Energiequellen, plant PV-Anlagen auf und die energetische Sanierung der eigenen Gebäude. Auch bei allen andren von der SPD angeregten Punkte

sieht man sich auf einem guten Weg (was in Teilen sogar stimmt).

So mündet die Beschlussempfehlung der Verwaltung in der Ablehnung des Antrags, und begründet dies so:

„Ein Beitritt zu der oben genannten Resolution erscheint vor diesem Hintergrund weder notwendig noch sinnvoll. Auf der kommunalen Ebene steht eine gute und wirtschaftliche Aufgabenerledigung im Vordergrund; der Umwelt- und Klimaschutz wird dabei berücksichtigt. “

Auf eins allerdings geht die Kreisverwaltung mit keinem Satz ein, nämlich auf den Punkt, *„dass jegliches Verwaltungshandeln des Landkreises an den Gesichtspunkten des Klimaschutzes orientiert wird. “*



Die Kreistagsfraktion von B '90/Die Grünen hat Anfang Oktober erneut beantragt, dass der Landkreis "ein integriertes Klimaschutzkonzept" beauftragen soll. Ein weiterer Antrag will, dass der Landkreis wie schon die Stadt Celle Mitglied in der "Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen" wird.

Im Stadtrat hat die Fraktion von B '90/Die Grünen Anfang Oktober einen Antrag gestellt, der in gewisser Weise den „Klimanotstands-Antrag“ der SPD ergänzt, insoweit als sie von der Verwaltung ein „lokales Maßnahmenpaket zum Klimaschutz, insbesondere in den Aufgaben Bauen und Mobilität“ fordert.

Und die Fraktion Die Linke/BSG hatte bereits im August eine Auswertung der Maßnahmen des 2012 vom Rat beschlossenen Klimaschutzkonzepts sowie eine Weiterentwicklung mit Blick auf das Jahr 2030 eingefordert.

Das wollen wir so nicht mehr hinnehmen

Das „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus“ und das Celler Bündnis „DIE VIELEN“ haben sich mit Resolutionen zu den Todesschüssen in Halle geäußert. Wir dokumentieren die beiden Erklärungen:

PM des Netzwerk Südheide

„Das, was gestern geschah, ist eine Tragödie für dieses Land, eine Tragödie zuerst für die Familien der Opfer, eine Tragödie, weil sich jetzt, spätestens doch jetzt diesem Land klar sein muss, dass es offenen Auges dorthin gerannt ist. Es hat alle Warnungen in den Wind geschlagen, alle Statistiken weggeredet. Das, was geschah in Halle, war nicht unvorstellbar in Deutschland, es war nur eine Frage der Zeit und gestern war diese Zeit“ (aus dem Blog „irgendwie jüdisch“ - Jom Kippur 2019 in Deutschland)

„Mich erfüllt Trauer über die Toten des gestrigen Tages, und mich ergreift Zorn über die nicht enden wollende Dummheit, Feigheit und Brutalität der Angriffe auf die jüdische Gemeinschaft in unserem Land“, sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und er hat in gewisser Weise recht.

Und immer wieder und wieder der Versuch nach Worten zu suchen, für etwas, für das es eigentlich keine Worte geben darf.

Nicht nach 6 Millionen ermordeten Juden während der 12 Jahre dauernden Naziherrschaft, nicht nach Kriegsverbrechen und Zerstörung, nicht nach dem Wissen um Rassismus und Antisemitismus.

Doch Dummheit, Feigheit und Brutalität sind nur die eine Seite des Täters, die pathologische, das Abstoßende, das nicht Nachvollziehbare. Die andere Seite ist mehr als nur eine „Einzeltäterschaft“, es betrifft einen Teil unserer Bevölkerung.

Es ist der zynische Egoismus des „Satten“, der nichts abgeben will von seinem kleinen Wohlstand, es ist die Überheblichkeit des weißen Mannes, der mehr sein will, als die anderen: die Fremden, die Juden, die Moslems, Zigeuner und all das Pack, was uns auf der Tasche liegt.

Und es ist die armselige Kleingeistigkeit, das Engstirnige, die Servilität des Spießbürgers und ein duckmäuse-rischer Ordnungsfanatismus, der von der Perversion eines „besseren Deutschen“ immer wieder propagiert wird.

Welch ein Hass und Menschenverachtung muss hinter den Menschen stecken, die Derartiges schweigend bis zustimmend dulden und geduldet haben und mit ihren Tiraden, Parolen und Verschwörungstheorien helfen, jene Hemmschwellen zu beseitigen, die den Boden für derartige Taten aufbereiten.

Welch narzisstisches Vergnügen müssen jene „Autori-

täten“ empfinden, die großmäulig hetzen und jede gesellschaftliche Gemeinsamkeiten aufkündigen, jede Solidarität, jede Mitmenschlichkeit.

Ob Pegida oder AfD, ob Identitäre oder der dritte Weg, ob NPDler, Combat 18, Hammerskin, Hooligan oder Burschenschaftler. Jeder strickt mit seinen eigenen Mitteln und Methoden an der „großen Veränderung“, will den „Umbruch“ bekämpft alles was über den eigenen kleinen Tellerrand hinausragt.

Vor dieser „Banalität des Bösen“ versagte das Wort und scheiterte das Denken. (Hannah Arendt)

Und trotzdem müssen wir reagieren.

Möglichst zusammen, aber jeder nach seiner eigenen Befindlichkeit.

Denn:

DAS WOLLEN UND KÖNNEN WIR SO NICHT MEHR HINNEHMEN



Solidaritätsbekundung der Celler DIE VIELEN

Der schreckliche Terroranschlag in Halle zeigt wie dringlich es ist, entschlossen gegen den Rechtsterrorismus in Deutschland vorzugehen.

Es ist unser aller Aufgabe, uns für eine offene, humane und solidarische Gesellschaft einzusetzen, in der Antisemitismus, Rassismus, Hass und Holocaustleugnung keinen Platz haben.

Es ist unser aller Verantwortung, sich gegen jede rassistische Sprache, Ausgrenzung und Entwürdigung zu wenden, auf deren Boden Gewalt entstehen kann.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Celler Erklärung der VIELEN trauern um die Opfer des antisemitisch und rassistisch motivierten Anschlags von Halle.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und unsere Solidarität allen **Jüdinnen und Juden**.



Demonstration gegen Erntefest in Eschede 28.09.2019

Endlich Zwischenkundgebung an Hof Nahtz

Am Samstag, dem 28. September, fand die Demonstration mit ca. 120 Teilnehmenden gegen das Erntefest in Eschede statt, angemeldet vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und dem DGB Nord-Ost-Niedersachsen, gemeinsam geplant mit dem Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus.

Bei den letzten Demonstrationen gegen die Nazitreffen auf dem Hof Nahtz, der jetzt dem NPD Landesverband Niedersachsen gehört, wurden von etlichen Demonstrationsteilnehmer*innen der Wunsch geäußert, näher an dem Hof zu demonstrieren und nicht immer an der 1,7 km entfernten Kreuzung Im Dornbusch / Zum Finkenberg. Bei den bisherigen Versuchen, eine Demonstration bis zum Hof durchzuführen, wurden den Anmeldenden dies immer per Auflagenbescheid durch den Landkreis Celle untersagt. Die Straße sei zu eng. Daher wäre ein Durchkommen für Rettungsfahrzeuge nicht möglich. Und es wurde befürchtet, dass es durch die Nähe der Demonstration zu den Nazis zu verbalen und/oder körperlichen Auseinandersetzungen kommen könne.

Also hat sich das Celler Forum dieses Mal Unterstützung bei einem Anwalt gesucht. Erwartungsgemäß wurde die Demonstration wieder per Auflagenbescheid auf die Kundgebung an besagter Kreuzung beschränkt. Gegen diesen Bescheid, der wieder einmal sehr spät nach dem Kooperationsgespräch kam, hat der Anwalt dann einen Antrag auf einstweilen Rechtsschutz und Klage eingereicht. Das bedeutet vereinfacht beschrieben, dass

das Gericht wegen der Kürze der Zeit erst einmal entscheiden sollte, ob wir die Demo wie angemeldet durchführen können und im Nachhinein die Klage entscheidet, ob das alles so richtig war.

Der Beschluss des Verwaltungsgerichts Lüneburg ging positiv für die Anmelder*innen aus. Es geht davon aus, dass sich „die angefochtenen versammlungsrechtlichen Beschränkungen voraussichtlich als rechtswidrig erweisen werden.“ Das Gericht verfügte in seinem Beschluss, dass die Zwischenkundgebung am Hof Nahtz nicht direkt davor, aber in 150 Metern Entfernung am nördlichen Ende des Weges Zum Finkenberg stattfinden kann. 150 Meter nördlich deshalb, weil dann einerseits für die Demonstrationsteilnehmenden die Sicht auf das Grundstück Zum Finkenberg 1 gegeben sei und zum Anderen der Zugang zum NPD-Hof frei bleibe und die Nazis während der Kundgebung auf den Hof gelangen können, also auch das nicht behindert wird.

Dass die Demonstration auf der Straße zum Finkenberg stattfinden konnte, wurde mit dem Demonstrationsrecht begründet: Die örtliche Beschränkung durch den Landkreis „stellt vielmehr eine rechtswidrig Beschränkung der durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützten Versammlungsfreiheit der Antragstellerin dar.“ Die Gestaltungsfreiheit bei einer Versammlung bezieht sich auch auf den Ort der Versammlung. Beeinträchtigungen im Straßenverkehr sind hinzunehmen, insbesondere im öffentlichen Straßenraum.

Zur Gefahrenprognose äußert sich das Gericht derart, dass dafür nachweisbare Tatsachen Voraussetzung sind, bloße Vermutungen würden nicht ausreichen. Auch die Befürchtungen des Landkreises Celle, dass Gäste des „Erntefests“ die Demo gefährden könnten und die Polizei das nicht verhindern könne wurde nicht als Argument für eine Beschränkung der Demo akzeptiert: „Soweit die Antragsgegnerin (Landkreis Celle) körperliche Angriffe durch Gäste des Erntedankfests der NPD, welche sich auch durch die angrenzenden Felder dem Aufzug nähern könnten, befürchtet, ist festzustellen, dass grundsätzlich nicht angenommen werden kann, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung hätte hinter eine befürchtete Ausübung von - möglicherweise auch nicht unerheblicher - Gewalt seitens dritter Personen unter dem Aspekt zurückzutreten, dass ein Fall des polizeilichen Notstands gegeben wäre.“ Das Gericht ging davon aus, dass es der Polizei möglich ist, die Demonstration vor den Nazis zu schützen.

Am Demonstrationstag selber kam es dann noch zu einem Missverständnis. Die Polizei hatte den Beschluss des Verwaltungsgerichts anders verstanden: Sie wollte die Zwischenkundgebung 150 Meter südlich des Hofes stattfinden lassen, also auf der Straße Zum Finkenberg 150 Meter vor dem Hof. Das lässt sich eigentlich nur dahingehend erklären, dass die Polizei bereits bei dem Kooperationsgespräch schon sehr deutlich machte, dass sie die Demonstration auf gar keinen Fall am Hof vorbeilassen wollte. Sie sah darin ein erhöhtes Gefahrenpotential. Dieses Missverständnis ließ sich klären, und die Demo konnte dann wie geplant stattfinden, am Hof vorbeigehen und 150 Meter nördlich fand die Zwischenkundgebung statt, mit Blick auf das Nazigelände.

Einige Demonstrationsteilnehmenden hatten sich schon gewundert, dass relativ „wenig“ Polizei vor Ort war und erklärten sich das durch dieses Missverständnis. Wäre der Polizei gleich klar gewesen, dass die Demo am Hof direkt vorbei führt, wären sicherlich mehr Einsatzkräfte vor Ort gewesen, so ihre Vermutung. Aber auch so ging entgegen aller Unkenrufe alles gut.

Während der Kundgebung in der Nähe des Hofes verlief alles gut, lediglich das viele Fotografieren stieß vielen Demonstrationsteilnehmer*innen übel auf. Die Nazis waren hinter und vor ihrem mit Planen abgehängten Zaun, mit dem sie den Hof ihrerseits vor Beobachtungen schützen wollte, und fotografierten und filmten mit allem, was ging. Auch die Polizei filmte die Demonstrationsteilnehmenden. Es gab darüber verständlicher Weise Beschwerden. Dass sich Demonstrationsteilnehmende mit Schals und Mützen vor dem Fotografieren der Nazis schützen wollten, wurde von der Polizei als Argument gesehen, diese ihrerseits zu fotografieren, wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot. Auffallend war, dass auf dem Hof wieder viele Kinder und Jugendliche waren, Beobachter sprachen von mindestens 15.

Inhaltlich wurde auf der Demonstration vom Celler Forum noch einmal deutlich gemacht, warum diese nach

wie vor wichtig sind: „Sicher ist es im Moment so, dass die NPD gerade nicht auf dem Zenit ihres Erfolges ist. Andere bedienen reaktionäre, rassistische, ausgrenzende Ressentiments deutlich erfolgreicher. Die NPD hat selber erkannt, dass sie im Moment nicht viel reißen kann. Letztes Jahr, am 17. Juni, eine Woche vor der Sommwendfeier und unserer Gegendemonstration, fand hier auf Hof Nahtz, oder besser gesagt auf dem NPD-Hof, ein Landesparteitag der NPD Niedersachsen statt. ... Auf dem (...) Parteitag beschrieb Manfred Böhm die Situation der NPD als momentan nahezu chancenlos bei Wahlen. Daher war sein Appell, jetzt für eine „gute Gemeinschaft“ zu sorgen und die Kaderbildung voranzutreiben, für eine Zeit, in der sie das Ruder meinen wieder übernehmen zu können. Allein diese Aussage zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir nicht nachlassen in unserem Protest. Wir haben immer wieder betont, dass sich die Nazis da breit machen, wo sie Ruhe haben. Wenn wir sie jetzt also in Ruhe lassen würden, wäre das ein Fehler. Wir würden zulassen, dass sie einen ruhigen Rückzugsort haben, in dem sie sich ertüchtigen können, in dem sie Kinder indoktrinieren, wo sie sich und die nächste Generation ideologisch vorbereiten auf eine Zeit, in der sie das Ruder wieder übernehmen wollen, wie sie sagen. Das werden wir nicht zulassen.“

Die Rede der Antifa Lüneburg/Uelzen ging auf die Geschichte des Hof Nahtz ein und auch auf die des Widerstands: „Seit über 10 Jahren hat sich hier auch eine antifaschistische Tradition entwickelt.“ Der Beitrag ging darüber hinaus auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ein: „Heute haben wir es mit einer rechten Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft zu tun, die sich nicht auf den Hof Nahtz trifft, sondern die in Talkshows hetzt, die die Zeitschrift „Compact“ liest, die scheinbar intellektuell und modern als „Identitäre“ daher kommt, als „Patriot“ von einer „Islamisierung“ Europas daher redet, oder „Ich bin kein Rassist, aber das wird man ja noch sagen dürfen...“ brabbelt. Heute erleben wir, dass die Rechte in der Lage ist, Frust und Ängste weiter Teile der Bevölkerung für ihre Zwecke dienstbar zu machen und auch in WählerInnenstimmen umzusetzen. Die extreme Rechte beeinflusst das politische Klima (wie beim Ausbau der Repressionsapparate oder der Kurskorrektur der Flüchtlings- und Asylpolitik). Dieser Erfolg spült sie in die Parlamente, die AfD sitzt mittlerweile in allen Landesparlamenten und im Bundestag. In diesem rechten Klima ist wieder vieles sagbar und mündet zunehmend auch in Gewalt.“

Im Nachhinein bewerteten die Teilnehmenden es als richtigen Schritt, die Demonstrationen in Hör- und Sichtweite des Adressaten ihres Protestes durchzuführen und wünschten sich, daran festzuhalten.

Also, auf ein Neues. Die Wintersonnwendfeier steht bevor. Am 21. Dezember 2019 wird wohl wieder eine Demonstration gegen die Treffen auf dem NPD-Hof stattfinden.

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.

Aus dem Nichts

Katja fliegt ihr ganzes Leben an einem Tag um die Ohren: Ihr Mann Nuri und der kleine Sohn Rocco werden getötet. Die beiden sind die – einzigen - Opfer der Explosion einer Nagelbombe vor Nuri's Büro. Das jedoch ist nur der Anfang eines großen Martyriums der jungen Frau.

Die ermittelnden Behörden beginnen – ganz nach dem Vorbild des Kölner Keupstraße – Fragen nach dem Vorleben des Ehemanns zu stellen: „Ach, ihr deutscher Ehemann hat kurdische Wurzeln? Ach, der hat ja Vorstrafen wegen Drogendelikten? Wo haben Sie sich denn seinerzeit kennengelernt? Gibt es Verbindungen zu kriminellen Banden?“

Dabei hatte Katja am Tag des Attentats ganz deutlich eine Frau identifiziert, die ein nagelneues Fahrrad mit einem auffälligen Koffer darauf unabgeschlossen am Tatort abgestellt hatte.

Das Theaterstück „Aus dem Nichts“, das in der Halle 19 des Celler Schlosstheaters noch bis zum 20. Dezember zu sehen ist, basiert auf dem mehrfach ausgezeichneten Film mit gleichem Titel (Diane Kruger als beste Schauspielerin in Cannes 2017; bester fremdsprachiger Film Golden Globe 2018), für den Fatih Akin und Hark Bohm das Drehbuch verfassten.

Das verblüffend einfache, aber effektvolle Bühnenbild (M. Habig) ermöglicht es fünf Spieler*innen des sechsköpfigen Celler Ensembles geschwind in die Rollen einer ganzen Vielzahl von Figuren zu schlüpfen – Eltern, Freunde, Verwandte sowie die ermittelnden Beamten, die Anwälte, Richter und Täter – und endlich einmal dient das in letzter Zeit so inflationär in der Theaterwelt eingesetzte „live-camera-acting“ ganz dem Bühnengeschehen; schade dass der Ton hier nicht synchron war. Und ein wenig bedauerlich, dass das Licht den häufigen Szenenwechsel nicht ganz zu unterstützen vermochte, da sind doch einige „schwarze Löcher“ für die handelnden Personen geblieben.

Handeln tut insbesondere die Hauptperson (Anne Diemer als Katja). Eine Bravourleistung, wie Diemer innerhalb des doch recht kurzen Theaterabends die ganze Spannweite zwischen leichter Verspieltheit beim Flirt, Selbstvergessenheit beim Abtanzen und vor allem dem schieren Entsetzen angesichts des tragischen Geschehens in völliger emotionaler Tiefe abzuliefern versteht. Das ist schon sehenswert! Problematisch für die Darstellerin ist die Unentschiedenheit des Abends, wenn er zwischen Dokutainment und reinem Theater“spielen“ als Format sich nicht ganz zu entscheiden vermag.



v.l.n.r.. Stefanie Winner, Thomas Wenzel, Tanja Kübler, Dino Nolting, Alex Peil (Foto: Hubertus Blume)

Allerdings gönnt die Regie (E. Weinreich) im Gegensatz zur Filmvorlage in Celle der Hauptfigur nicht das „Bachmeiersche“ Moment der Rache. Gewiss verzichtet das Theater auf diese Weise darauf, eine Nebendiskussion aufzumachen: „Was darf ein Opfer im Rechtsstaat selber tun?“ Jedoch unterläuft die Spielleitung damit auch ihren eigenen Anspruch: Wir Bürger*innen müssen im Angesicht eines staatlichen Versagens gegen Rechts, wie sie dem jungen Anwalt Danilo mehrfach in den Mund gelegt wird, zu handelnden Subjekten werden. Im Celler Abend bleibt Katja lediglich Objekt des schlimmen Geschehens.

Dennoch ist „Wie aus dem Nichts“ ein spannender, zuweilen fordernder Theaterabend dank einer schauspielerischen Glanzleistung, zu der noch das ganze Panoptikum der Nebenrollen außerordentlich engagiert beiträgt.

GEPUNKT



v.l.n.r.. Anne Diemer, Thomas Wenzel, Tanja Kübler (Foto: Hubertus Blume)

Heimat, schöne Fremde

Was lange währt wird endlich Buch – so verkündet intern der Celler Lyriker, Autor und Forscher in Sachen Celle, Heide und Geschichte die Veröffentlichung seines Buches „Heimat, schöne Fremde“.



Es sind aus wohl mehr als nur den kolportierten 8 Jahren Arbeit und Recherche gesammelte Lesefrüchte, Anekdoten und Historien, die den recht beeindruckenden Ziegel von knapp tausend Seiten hier den Celler*innen und interessierten Menschen an die Hand gegeben werden.

In vier Abschnitten finden Orte, Personen und Ereignisse Erwähnung, die beileibe nicht allen Leuten geläufig sind und deren schiere Aufzählung rasch in ermüdende Beliebigkeit umschlagen könnte, wenn nicht ein ideeller Erzählfaden die größeren Bögen beieinander hielte.

So rührt es beispielsweise seltsam an, wenn der Text eines 13-jährigen Jungen zu seinem Geburtstag im Lager Bergen-Belsen („Ich gehe durch das Leben wie durch dünne Gräser“) wenige Seiten von den allfälligen Teppichen im Kloster Wienhausen entfernt Erwähnung findet.

Es gibt leider nicht viele Fotos in dem Buch, das gleichwohl die Lesenden fordert; es sei denn wir schmökern lediglich umher und suchen, was wir jeweils finden wollen: Noch nicht restlos entschlüsselte Inschriften auf den Fachwerk-Preziosen der Innenstadt; die Namen der altvertrauten Dichter und die der unbekannteren Größen; die Kurzbiografien von Herrschern und Beherrschten; die der berühmten/mutmaßlichen Gäste und Durchreisenden sowie die Deutung seltsamer Ortsnamen im Landkreises.

Wenn Formulierungen wie „was nur wenig bekannt ist“ auftauchen, schrillt ja allenthalben der Besserwisser-Alarm, - die Cellerinnen und Celler kennen Annull jedoch aus zahlreichen Lesungen und Veranstaltungen: bei ihm geht die unterhaltsame Plauderei der Vermittlung nur voraus, der Effekt dient der Kenntnisnahme.

„Wir mögen vom Gestern, vom Außen sprechen wie wir wollen, - wir reden doch immer nur vom Innen und vom Morgen“

„Heimat, schöne Fremde“ ist es wert entdeckt, miteinander geteilt und – warum nicht! – geschenkt zu werden. Und wir können noch immer über das dem Buche vorangestellte Zitat von Ernst Bloch nachsinnen: „... etwas, das



allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.“

GEPUNKT

Buch-Vorstellung am Sonntag, 24.11., um 11.30 Uhr im Celler Schloßtheater

Annull, Oskar: Heimat, schöne Fremde. CELLE Stadt & Land. Literarische Sichtung in vier Teilen, 984 Seiten, Wehrhahn Verlag Hannover Erscheint am 15.11.2019: 48,00 €

Allzuviel Nähe korrumpiert die Seele

Dank seiner Verbundenheit mit unserem kleinen Blatt konnten wir Oskar Annull noch ein kleines Interview aufnötigen, das den Leseanreiz nochmal steigern könnte.

?: Welche Frau und welcher Mann hat dich bei deiner (Wieder-)Entdeckungstour am meisten überrascht?

!!: Die Frau, die kurz nach dem zweiten WK in Hermannsburg gelebt, geschrieben und gedichtet hat: Waltraut Nicolas. In diesem Schattenleben spukt die ganze deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Literarisch keine große Entdeckung, aber eine literarische Biographie, die noch zu entdecken wäre ... mit großem zeitgeschichtlichem Umfeld – wie sonst so nirgends über die Dörfer hier.

Der Mann, ja, da gibt es einen ganz jungen Autor, Johannes Böhme, der für mich eine große Überraschung war und der mich



mit seiner Prosa, seinem ersten Buch, völlig überzeugt hat. Er zählt für mich zu den Autoren der Celler Region, die weit über den Allerrand hinaus Bedeutung haben ... selbst wenn er kein zweites Buch mehr schreiben sollte.

Es gibt natürlich weitere Überraschungen, aber diese beiden hebe ich jetzt mal hervor.

Wer von all den Autorinnen und Autoren hat am meisten unter Celle gelitten?

Das ist eine Kategorie, die ich so nicht im Kopf habe und auch nicht thematisiere, auch wenn diese Aspekte immer wieder auftauchen und angesprochen werden. Gelitten haben fast alle, mehr oder weniger. Dies auch aus vielfachen und sehr unterschiedlichen Gründen ... da einen oder eine an eine Spitze "best of" zu stellen ... das ist ungerecht gegenüber den anderen, nicht weniger unter dieser Stadt gelitten habenden Autorinnen und Autoren. Und was heißt das schon: unter Celle gelitten???

Doch sollte nun tatsächlich jemand aus ganz bestimmten Gründen hervorgehoben werden, dann vielleicht der zartbesaitete Franz du Bois, Oberlandesgerichtsrat, schwul



und Alkoholiker. Er hat, in Celle angekommen, mit dem Schreiben aufgehört und weiterhin ein Doppelleben geführt, bis er 1933 nur allzu früh starb. Eine Biographie, die in München oder Berlin besser aufgehoben gewesen wäre. Er hat gelitten, vom ersten Tag an als er in Celle auftauchte, ganz gewiss und sein Leid mit allzuviel Rotwein übergossen.

Wenn dir ein Verlag das Angebot machen würde, eines der vielen vergessenen Bücher wieder zu veröffentlichen – was wäre deine Wahl?



Den Roman "Harte Gesetze" (1875) von der in Celle geborenen und aufgewachsenen Anna Kistner (Albrecht). Das wohl erste gesellschaftspolitische Buch, das unter dem Aspekt der Besserstellung der Frauen geschrieben wurde. Eine Leistung. Ein Tendenzroman, keine große Literatur, aber gut geschriebene, en-

gagierte Prosa, die in Celle spielt. Der Roman wurde in Stuttgart gedruckt und es gibt wohl nur noch ein Exemplar in der Göttinger Universitätsbibliothek. Das Buch ist ein Stück Celler Geschichte ... es ließe sich im Biedermeierzimmer des Bomann-Museum komplett vorlesen ... das war die Welt, die die Kistner 1875 beschrieben hat. Exemplarisch! Auch Kistners Biographie ist noch zu entdecken. Wenn ich noch einen Wunsch frei hätte: unbedingt die Texte von Rolv Heuer! und Jörn Ebeling ist auch eine lohnende Entdeckung (kommt im Frühjahr als neues "celler-hefte" Buch)

Gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen Leuten, die von innen oder von außen über Land und Leute, Flora und Fauna schreiben?

Von einem bestimmten Niveau an, jenseits jeder Heideheimatduselei, gibt es keinen solchen Unterschied. Distanz ist da sehr hilfreich, wie überall. Allzuviel Nähe korrumpiert die Seele, das ist so. Das ist nicht schlecht, aber da muss man schon sehr stark sein. Ein Wulf Kirsten ist so ein starker Dichter mit großer Nähe zu seinem Ort, die Erde bei Meißen. Das ist selten! Von außen nach innen schreiben, weil sie oder er von innen gekommen ist ... das ist wohl nicht schlecht. Löns z.B. konnte ganz gut über Flora und Fauna schreiben, er hat für Generationen den Blick auf die Landschaft geprägt, aber sein verbohrt Nationalismus ist natürlich ein Scheiß, salopp gesagt.



Der Stachelige Penis 2019 ...

... geht an die Sportredaktion der CZ – und zwar für die Überschrift: „Stuten für den Stallions-Stall“ (17.10.2019). Worum ging's? Das American Football Team „Celle Stallions“ („Hengste“) will ein Damen-Team aufstellen. Und da konnte Volontär Benjamin Behrens einfach nicht anders ...

Regisseur Thomas Tielsch stellt seinen Film im Kino achteinhalb vor

An den Rändern der Welt

Am Donnerstag, 07. November 2019, 19.15 Uhr stellt der Regisseur Thomas Tielsch seinen Film „An den Rändern der Welt“ persönlich im Kino achteinhalb vor.

„Munduruku, Hamar, Mursi, Bajau oder Awá, so heißen sie, die letzten indigenen Völker der Welt. Der Naturfotograf und Greenpeace-Aktivist Markus Mauthe hat sie besucht, um ihre zunehmend aussterbende Lebensweise zu dokumentieren. Der Dokumentarfilmer Thomas Tielsch hat ihn bei der Arbeit begleitet und so nebenbei auch ein kleines Porträt dieses engagierten Menschen- und Naturfreunds geschaffen. Doch im Zentrum des betörend schön fotografierten Films stehen die Menschen, die ansonsten eben „An den Rändern der Welt“ leben: See-Nomaden in Indonesien, Waldbewohner in Brasilien oder Rinderbauern im Sudan. Sie alle leben noch immer mehr oder weniger wie ihre Vorfahren, in meist nomadischen Gemeinschaften abseits „unserer“ Welt, von dem, was ihnen die Natur gibt, mit traditionellen Ritualen, Kleidern, Tänzen und Kämpfen.“ (Katharina Zeckau)



Im Presseheft zum Film haben wir ein interessantes Interview mit dem Fotografen Markus Mauthe gefunden:

Herr Mauthe, seit 30 Jahren sind Sie mit ihrer Kamera unterwegs und bringen faszinierende Bilder aus den verschiedensten Lebensräumen unserer Erde mit. Diesmal haben Sie es sich zum Auftrag gemacht, Indigene Gemeinschaften zu porträtieren.

Tatsächlich lag der Schwerpunkt meiner Arbeit in den vergangenen Jahren darauf, die Vielfalt und Schönheit der Natur abzubilden. Ich habe beispielsweise sehr viel in Wäldern gearbeitet. Meine Fotos habe ich immer gezielt genutzt, um auf die Veränderungen hinzuweisen, denen sie ausgesetzt ist. Das aktuelle Projekt nimmt nun die Perspektive derer ein, die allgemein hin noch enger mit der Natur verbunden sind, als der Großteil der Menschen heute. Es ist praktisch eine logische Fortsetzung meines bisherigen Tuns. Nun richte ich meinen Blick nicht nur auf die Natur und Umwelt, sondern auf die Menschen, die darin leben.

Welches Ziel verfolgen Sie mit ihrer Arbeit und was treibt Sie an?

Ich hatte und habe das Privileg in meinem Leben viel reisen zu dürfen. Dies hat mir die Möglichkeit eröffnet, sehr viel von unserem wunderschönen Planeten erkunden zu können. Diese Erfahrung möchte ich in Form meiner Bilder und Berichte an andere weitergeben. Das Feuer meiner eigenen Begeisterung für die Schönheit und Vielfalt intakter Natur und deren Bewohner möchte ich mit meiner Arbeit bei möglichst vielen Menschen ebenfalls entfachen – sei es mit meiner Fotografie, bei meinen Live-Reportagen oder in meinen Büchern. Denn nur was wir lieben und was uns gegenwärtig ist, das sind wir auch bereit zu schützen.

Sie haben für dieses Projekt 13 Reisen unternommen und haben 22 indigene Volksgruppen besucht. Nach welchen Kriterien haben Sie ihre Auswahl getroffen?

Ich möchte die ungeheure Anpassungsfähigkeit des Menschen darstellen, deshalb habe ich vier unterschiedliche Lebensräume ausgewählt: Wald, Grasland, Wasser und Eis. [...]

Gab es indigene Gemeinschaften, die Sie besonders beeindruckt haben?

Der Großteil dieser Menschen lebt unter Bedingungen, die für uns, mit unserem westlichen Lebensstil, kaum erträglich wären. Sei es wegen des Mangels an sauberem Wasser oder einer ausgewogenen Ernährung, extremen Umweltbedingungen wie Hitze oder Kälte, oder dem Fehlen von praktisch jeglicher Bequemlichkeit. Ein Beispiel das ich besonders beachtenswert fand: Die Volksgruppe der Mundari lebt im Südsudan nur wenige Autostunden von der Hauptstadt Juba entfernt. Diese Weltregion kennt seit vielen Jahrzehnten nur den Zustand des bewaffneten Konflikts. Trotzdem ist die Gemeinschaft der Mundari bis heute in ihren sozialen und kulturellen Strukturen intakt. Sie leben in enger symbiotischer Verbindung mit ihren großhornigen Rindern, worüber sie auch ihre kulturelle Identität definieren. In Zeiten der Globalisierung verschwindet heute ein Großteil der kulturellen Eigenheiten mit rasanter Geschwindigkeit.

Welche persönlichen Begegnungen haben Sie besonders berührt?

Im Omo-Tal im Süden Äthiopiens werden massiv Industrieprojekte angeschoben. Landraub in großem Stil ermöglicht Zuckerrohrfelder riesigen Ausmaßes. Diese müssen bewässert werden, weshalb der Omo-Fluss seit kurzem mit Staudämmen gezähmt wird. In diesem Gebiet gibt es eine ungeheure Vielfalt verschiedener Ethnien, die auf relativ kleiner Fläche zusammenleben. Eine davon ist die Gruppe der Dasanech. Die Existenz dieser

Menschen ist stark durch die Staudämme bedroht. Die Regenzeit brachte jährliche Überschwemmungen, mit denen der Fluss wichtige Mineralien über ihre Felder gespült hat. Diese wird es in Zukunft nicht mehr geben, was praktisch die Lebensgrundlage der Dasanech zerstört. Immer öfter sieht man im Omo-Tal die weißen Zelte der Welthungerhilfe. Mit Almosen, auch noch in Plastik verpackt, versucht die westliche Welt etwas gutzumachen und zurückzugeben, was man den Menschen an anderer Stelle entrißt. „Wir brauchen eure Hilfe nicht! Wir benötigen nur das Wasser aus unserem Fluss.“ Dieser Satz einer Dasanech schon fast in flehendem Ton ausgesprochen, als ich sie für mein Projekt interviewt habe - ist einer der Schlüsselmomente des gesamten Projektes für mich gewesen. Bringt er doch auf den Punkt, was ich an so vielen anderen Stellen der Erde auch beobachten konnte: Das Schicksal einiger vermeintlich Rückständiger wird einem Weltbild geopfert, in dem Profit und ein möglichst rasches Angleichen an westliche Vorstellungen einer modernen Lebensweise oberste Priorität haben.

Welchen Herausforderungen waren Sie auf den Reisen für ihr neues Fotoprojekt mitunter ausgesetzt?

Nicht selten war die Logistik vor dem jeweiligen Start eine große Herausforderung. Eine Reise in den Südsudan erschien trotz endloser Recherchen jahrelang als völlig unmöglich. Durch Zufall und Glück habe ich schließlich doch noch die richtigen Leute gefunden, die unter hohem Aufwand das scheinbar Unmögliche wahr machen konnten. Mit einer guten Planung und einem zuverlässigen Team kann man heute eigentlich relativ sicher fast jeden Winkel der Erde bereisen. Aber natürlich kann einem dabei Unvorhergesehenes immer widerfahren. Geschwächt durch einen Infekt, dachte ich bei der Besteigung eines Bergzuges im Südsudan, ich müsse verdursten, weil sich das dortige Wasser als ungenießbar erwies. Aber auch wenn es für mich zuweilen an meine körperlichen Grenzen ging, zumeist wegen großer Hitze, hat doch alles immer recht gut geklappt. Auch die Wurmeier, die sich in meinen Füßen eingenistet hatten, waren in Deutschland schnell wieder herausgeschnitten.

Was hat Sie aus fotografischer Sicht an ihrem Vorhaben, indigene Kulturen zu portraituren, am meisten gereizt?

Ich habe in den dreißig Jahren als Fotograf hart daran gearbeitet, einen eigenen künstlerischen Stil zu entwickeln, mit dem ich hoffe, dass er viele Menschen anspricht. Diese Entwicklung ist nie zu Ende und ich versuche für diese Darstellungsweise auch immer neue Motive zu finden. So habe ich mich vor einigen Jahren überwunden und mit dem Tauchen begonnen, um die Welt



unter Wasser für mich und meinen Fotostil zu öffnen. Das hat geklappt. Ähnlich war es nun mit den indigenen Gemeinschaften. Wäre es mir möglich, diese Menschen mit meiner Art zu fotografieren?

Am wichtigsten war mir dabei, die Schönheit und Würde eines jeden Einzelnen zu zeigen. Ich habe versucht herauszuarbeiten, was sie einzigartig macht. Alles, was auf meinen Fotos zu sehen ist, ist noch Realität. Das Wissen und die traditionellen Fähigkeiten, die ich abgebildet habe, sind noch da. In seltenen Fällen wurde ein Kleidungsstück für eine Aufnahme übergezogen oder wurden Fähigkeiten gezielt aufgeführt, weil sie im Alltag kaum noch Verwendung finden. Die Phase des Übergangs in die Moderne ist in vollem Gang. In zehn Jahren werden viele dieser Motive so nicht mehr möglich sein. Die neue Welt lässt Rituale und Tänze langweilig, Werkzeuge und Fertigkeiten überflüssig werden und Schönheitsideale wandeln. Als ich das Projekt begonnen habe, war mir bewusst, dass es in mancherlei Hinsicht ein Wettlauf mit der Zeit sein würde. Ich bin sehr glücklich, dass ich diesen Blick in Geschichte der Menschheit noch haben dürfen.



Neuer Film von Katharina Mihm

Mär

Die Regisseurin Katharina Mihm aus Berlin ist am Montag, 25. November 2019, 19.30 Uhr zu Gast im achteinhalb. Sie präsentiert ihren Film „MÄR – A German Tale“:

In einem dystopischen Deutschland – nur einen Hauch von der gegenwärtigen Realität entfernt – löst die Rückkehr des Wolfs eine rätselhafte Faszination unter den Bürgern aus. Der Journalist Leo Bernstein reist von Wien ins Ruhrgebiet, wo es angeblich wieder Wölfe gibt. Er will herausfinden, warum die Wiederkehr des Wildtieres auf viele Bürger eine verstörende Anziehungskraft ausübt. Während seiner Rechercharbeiten, die schon bald ins Leere laufen, setzen sich Bruchstücke eines Märchens in seinem Kopf fest und lassen ihn nicht mehr los. Dieses Märchen handelt von einer jungen Magd, die einen Wolfsjungen geboren hat. Von ihm geht eine tödliche Gefahr aus. Um das Volk vor dieser Bedrohung zu erlösen, ruft die junge Magd nach einem Fremden. Er soll hinaus in die Wälder zu ihrem Sohn, um sich dort zum Wohle der Gemeinschaft zu opfern. Leo, der gleich zu Beginn seiner Reise durch einen Autounfall „aus der Spur gerät“, verliert allmählich den Bezug zu seinem Körper und den Kontakt zu seinem früheren Leben. Gleichzeitig gewinnt das Märchen zunehmend an Realität. Es führt Leo gefährlich nahe an die Ängste und Sehnsüchte heran, die sich an die Wiederkehr des Wolfes knüpfen. MÄR entwirft in lyrischer Erzählweise ein vielschichtiges Deutschlandbild.



Katharina Mihm wurde 1983 als deutsch-österreichische Staatsbürgerin in Berlin geboren. Sie lebte sechs Jahre in Spanien und Argentinien, wo sie Filmregie an der Universidad del Cine in Buenos Aires studierte. Mihm arbeitet und lebt als freie Regisseurin und Autorin in Berlin. Katharina Mihm war Stipendiatin der RWLE Möller Stiftung, in dieser Zeit

erstellte sie ihren Kinodokumentarfilm „GEGENLICHTER. Suche nach Paul Celan“, den sie im November 2017 im achteinhalb präsentierte. Das anschließende Filmgespräch blieb einem lange in der Erinnerung: informativ, geistreich und neue Facetten eröffnend. Katharina Mihm ist eine sehr spannende Vortragende sowie eine anregende Gesprächspartnerin wie Gegenüber.

Der Eintritt zu dieser Veranstaltung in Kooperation mit der „RWLE Möller Stiftung“ ist frei.



Ausstellung im Bomann-Museum Kalter Krieg und heißer Beat

Flower Power, 68er-Bewegung, Beatles, Woodstock, Farbfernsehen und Mondlandung – das verbindet man gemeinhin in den alten Bundesländern bzw. der damaligen Bundesrepublik mit den 1960er Jahren. Bilder von Aufbruch und Protest der Jugend, besonders der Studenten in den Großstädten, haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingegraben.

Die Ausstellung nimmt den langen Zeitraum von 1958 bis 1973 ins Visier. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem privaten Bereich, speziell auf den Veränderungen, die es für Frauen und Kinder, für die Familien und natürlich für jeden Einzelnen gibt und die sich vor dem Hintergrund der großen Umwälzungen als folgenreich erweisen, auch in Celle. Der Protest gegen traditionelle Strukturen verändert langfristig Familien und Beziehungen, das Berufsleben, Geschlechterrollen und Moralvorstellungen und damit die Gesellschaft. [...]

Ein neues Leitbild entsteht – Jugendlichkeit –, das immer noch aktuell ist und dessen Folgen auch heute sichtbar sind. Nach einer Einführung in den politischen Gesamtzusammenhang widmet sich die Schau den folgenden Themen: Modekultur, Wohnkultur, Konsum- und Freizeitkultur, Kinder- und Jugendkultur. Auch die Musik der Zeit kann gehört werden: eine besondere Sequenz gilt den Barking Bats, einer zuerst als Schülerband spielenden und bis heute in der originalen Besetzung auftretenden Band.

Die Ausstellung räumt mit einigen Mythen der „68er“ auf und bietet viele Anbindungen an die Gegenwart. Mitmachstationen laden zum aktiven Erleben der Ausstellung und zum Musik-hören ein und sollen auch Familien und Kinder ansprechen. [PM, Bomann-Museum]

Die Ausstellungseröffnung ist am Donnerstag, den 7.11., um 19 Uhr – die Ausstellung läuft dann bis zum 14. April (für einzelne Veranstaltungen schaut bitte in unseren Kalender auf Seite 35)

Kneipen-Quiz am ersten Advent im Morlock

Einige (wir sagen nur „Brillo“) können's gar nicht erwarten – aber jetzt geht's los:

Das revista KNEIPEN-QUIZ findet dieses Jahr statt am Sonntag, den 1. Dezember, Beginn: 15 Uhr, Ort: Morlock.

Letzte Jahr gewann überraschend das Team mit dem jüngsten Durchschnittsalter – die BLITZBIRNEN.

Sie sind als einziges Team gesetzt. Alle anderen müssen sich anmelden: Dabei gilt wie letztes Jahr das Windhund-Prinzip – oder anders: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! Platz ist für weitere fünf Teams.

Für eine Anmeldung ist folgendes erforderlich – ihr müsst euch anmelden mit

- 1.) einem Name für euer Team,
- 2.) der Benennung einer/eines Team-Chefs/Chefin,
- 3.) der vornamentlichen Benennung der weiteren drei Mitspieler*innen.

Die Anmeldung erfolgt per e-mail an:

revista.celle@gmx.de

Worum geht's beim Kneipen-Quiz?

Selbstverständlich um Besserwisserei. Das Sportive: Geraten wird in Teams, die gegeneinander spielen. Bei uns spielen sechs Teams mit je vier Mitspieler*innen. Am Ende liegt vorn, wer die meisten Fragen richtig beantwortet konnte.

Es werden Fragen aus unterschiedlichen Themenbereichen gestellt. Wir haben uns entschieden für Fragen aus den Bereichen:

- a.) **Politik** / b.) **Gesellschaft** / c.) **Celle**

Dazu kommt eine „**Bilder-Runde**“. Hier werden den Teilnehmenden Bilder präsentiert & mit darauf bezogenen Fragen versehen (also z.B. Fotos von Platten-Covern, Fauna & Flora, Sportereignissen usw. usf.).

Und es gibt eine „**Musik-Runde**“. Da müssen dann Musikstücke erkannt werden oder Fragen zu ihnen beantwortet werden.

Zu jedem Komplex gibt's sieben Fragen. Für jede Antwort, die dann auf einen Zettel geschrieben werden muss, haben die Teams eine Minute Zeit.

Nach Beendigung der Runde werden die Zettel eingesammelt und vom Moderator*innen-Team öffentlich „ausgewertet“.

Ach so: Jedes Team kann sich zu Beginn entscheiden, in welcher der fünf Runden sich seine Punktzahl verdoppeln soll. Und einmal in der jeder Runde kann statt einer



Das letztjährige Sieger-Team

eigenen Antwort auf die eines anderen Teams verwiesen werden.

Das Sieger*innen-Team bekommt am Ende auch einen Preis – aber: Darum geht's ja nicht wirklich, sondern 1.) um Spaß und 2.) um die revista-Solidarität. Und zu 2.) ist es leider erforderlich, dass wir einen Teilnahmebeitrag von 5 Euro pro Person kassieren.

Hier fünf Fragen aus dem letzten Jahr:

G 3: In welcher Sportart ist 147 das Größte?

C 5: Welcher der vier Beatles war 1966 in Celle?

B 1: Welcher Künstler gestaltete dieses Album-Cover?

P 2: Für welches Recht trat Karl Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue in einer 1880 erstmals veröffentlichten Schrift ein?

M 5: Wieviel Tantiemen bekommt der Komponist Klaus Doldinger für jede neue Tatort-Folge? (+- 10 %)





Kino 8 1/2 im November

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr

Do., 07. November, 19.15

An den Rändern der Welt

**Regisseur Thomas Tielsch stellt seinen
Film persönlich vor**

Mehr auf Seite 30

D 2016 bis 2018, Kinostart: 1. November 2018, 92 Minuten

**08. und 09. November
und Mi., 13. November, 19.30**

Der Glanz der Unsichtbaren

Vier Sozialarbeiterinnen betreiben in einer grauen und von Armut geprägten Provinzstadt im Norden Frankreichs ein Tagesheim für obdachlose Frauen und setzen sich dafür ein, dass die Besucherinnen eine warme Dusche, ein warmes Essen, ein wenig menschliche Zuwendung und die notwendige Berufsorientierung erhalten. Aber wegen angeblich zu geringer Wiedereingliederungsquoten hat die Gemeinde beschlossen, die Einrichtung zu schließen. Daraufhin üben sich die Sozialarbeiterinnen in zivilem Ungehorsam und führen das Heim heimlich in einem Versteck weiter, damit „ihre Mädchen“ dort übernachten können, während sie tagsüber üben, selbstbewusste Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Frankreich 2018, Kinostart: 10. Oktober 2019, 102 Minuten

**15. und 16. November
17.11. (17.00) / 19.11. (19.00) / 20.11. (19.30)**

Systemsprenger

Ein neunjähriges Mädchen, das schon mehrere psychiatrische Aufenthalte hinter sich hat, verweigert sich so radikal allen Verhaltensnormen, dass es für seine Betreuer schwer wird, überhaupt noch Einrichtungen oder Pflegeeltern zu finden. Die Helfer ahnen, dass hinter den Gewaltausbrüchen frühkindliche Traumata stecken, sind aber überfordert und nehmen die Aggression des Kindes persönlich. Der sorgfältig recherchierte und in den Hauptrollen überragend gespielte Film will weder anklagen noch urteilen, sondern wirbt mit großer Kraft um Verständnis für ein Kind, das mit extremen Ausbrüchen nach Halt und Geborgenheit sucht. Statt auf ein Sozialdrama setzt die Inszenierung auf eine starke affektive Anteilnahme der Zuschauer, die auch psy-

chisch in das chaotische Erleben der Protagonistin involviert werden.

D 2019, Kinostart: 19. September 2019, 125 Minuten

**22. und 23. November
und Mi., 27. November, 19.30**

Deutschstunde

Vor über 50 Jahren erschien mit DEUTSCHSTUNDE einer der berühmtesten Romane von Siegfried Lenz – der sich darin nicht nur mit der NS-Zeit, sondern auch mit deren Aufarbeitung im Nachkriegsdeutschland auseinandersetzt. Regisseur Christian Schwochow und der Drehbuchautorin Heide Schwochow ist es gelungen, die dichte Atmosphäre der Vorlage eindringlich auf die Kinoleinwand zu bannen. In von kalten Grautönen beherrschten, großen Bildern zeigen sie die Weite der rauen Landschaft und die Enge der Gesellschaft gleichermaßen, in der die Figuren gefangen sind und in der das Leben von Zwang und Pflicht beherrscht wird. Den inneren Konflikt des Siggis Jepsen, der von seinem pflichtbesessenen Vater als Spitzel eingesetzt wird und sich irgendwann widersetzt, macht der Film ebenso greifbar wie die Situation des Malers, der seine künstlerische Freiheit über das Malverbot stellt. (FBW)

D 2019, Kinostart: 13. November 2019, 125 Minuten

Mo., 25. November, 19.30

MÄR

**anschließend Filmgespräch mit
Regisseurin Katharina Mihm – Eintritt frei**

Mehr auf Seite 32

D 2018, Kinostart: 15. November 2018, 118 Minuten

**29. und 30. November
und 04. Dezember, 19.30**

Parasite

Der Sohn einer armen Familie ergaunert sich den Job eines Privatlehrers bei einer neureichen Familie und bringt nach und nach seine Angehörigen in dem lichten Haus über der Stadt Seoul unter. Allerdings entpuppt sich der Gegensatz von Arm und Reich, Oben und Unten, Wirt und Parasit im Laufe der Handlung als mehrdeutig, bis ein sintflutartiger Wolkenschauer die Statik der Verhältnisse gänzlich zum Einsturz bringt. Die stylische Gesellschaftsgroteske schraubt sich in immer absurdere Höhen, handelt im Kern aber von einer Gesellschaft, in der Gier und Maßlosigkeit das Verhalten bestimmen. Ein souverän inszenierter Genre-Hybrid aus Drama, Farce und Parabel, der über die koreanischen Verhältnisse hinaus auf eine fundamentale Kritik des westlichen Lebens-, Arbeits- und Konsummodells zielt.

Südkorea 2019, Kinostart: 17. Oktober 2019, 132 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalf.de/

Politik, Vorträge & Theater

So., 03. November, 17.00

Renata Laqueur zum 100. - Lesung und Gespräch

Veranst.: Ernst-Schulze-Gesellschaft
Kunst & Bühne, Eintritt frei

Di., 05. November, 19.00

Webinar: Staaten und Banken in der Währungsunion

Martin Hellwig war Professor u.a. an der Harvard University.

vhs Celle, Trift 20, 10 EUR

Do., 07. November, 19.00

Ausstellungseröffnung

Kalter Krieg und heißer Beat

siehe Seite 32; Bomann Museum

Fr., 08. November, 19.00

Die AfD und der Antisemitismus

Dr. Marc Grimm, Bielefeld

Um die thematischen Schwerpunkte des Antisemitismus innerhalb der AfD zu beleuchten, wird der antisemitische Gehalt der von der AfD kolportierten Gesellschaftsbilder sowie deren Vergangenheitspolitik in den Blick genommen, die vor allem von Erinnerungs- und Schuldabwehr geprägt ist. Zudem werden die positiven Bezugnahmen auf Israel und Judentum in die Betrachtung einbezogen.

Dr. phil. Marc Grimm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld.

Veranstalter: Celler Netzwerk gegen Antisemitismus

Kantoreisaal, Kalandgasse 5

Sa., 09. November, 18.00

Euphoria Ensemble

Synagoge, Im Kreise 24

Veranstalter: Jüdische Gemeinde Celle e.V., Zentralrat der Juden Deutschlands in Kooperation mit dem Stadtarchiv Celle und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e.V.

Mi., 13. November, 17.00

Monatstreffen LIST

Buntes Haus

Mi., 13. November, 19.30

Neuer Antisemitismus in Deutschland!?

Vortrag und Gespräch mit Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Deutschland ohne Antisemitismus gab es nie. Neue Studien belegen jedoch, dass der Antisemitismus, gepaart mit Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und rechten Parolen, wieder zunehmend die Aufmerksamkeit der Mitte der Gesellschaft erobert.

Bach dem Vortrag diskutieren Dr. Felix Klein, Dorit Schleinitz, Dr. Thomas Rahe und Enno Stünkel - moderiert von Dr. Friedrich Hauschildt.

Stadtkirche St. Marien

Veranstalter: Kirchenkreis Celle in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Celler Netzwerk gegen Antisemitismus

Do., 14. November, 15.00

Waren wir Rebellen? Erinnerung an die 1960er Jahre

An vier Nachmittagen bietet das Bomann-Museum für die Erlebnissgeneration „Kaffeekränzchen“ an: Zum Austausch von Erinnerungen, zum Nachfragen und zum Erzählen. „Pilköpfe, Anzüge, Minikleid, Hasch, Toast Hawaii, Demos und Rebellen: Für viele von uns sind die 1960er Jahre Teil der persönlichen Geschichte. Wir wollen uns gemeinsam erinnern: Was trugen wir, was haben wir gegessen? Welche Musik haben wir gehört, welche Filme gesehen? Was haben wir geliebt oder gehasst? Und was hat sich damals verändert, zuhause, in der Schule, auf der Straße“ (so im Einladungstext)

Kosten: Für alle Termine zusammen

wird eine Kursgebühr in Höhe von 15,00 EUR fällig. Für den Besuch eines einzelnen Treffens fällt eine Kursgebühr in Höhe von 7,50 EUR an. Weitere Termine: 21.11.2019, 12.12.2019 und 23.01.2019

So., 24. November, 11.30

Heimat, schöne Fremde

Vorstellung des Buches von Oskar Ansell

siehe Seite 28; Schlosstheater

Fr., 29. November, 18.00

Critical Mass

Start: Fahrradpumpe – Am Markt

So., 01. Dezember, 15.00

II. Celler revista Kneipenquiz

siehe Seite 33; Morlock

Di., 03. Dezember, 19.00

Webinar: Dietrich Bonhoeffer: Auf dem Weg zur Freiheit

Professor Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber ist einer der profiliertesten Theologen Deutschlands und betätigt sich als Vordenker in ethischen Fragen.

vhs Celle, Trift 20, 10 EUR

Mi., 04. Dezember, 19.00

Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann und seine Kunstsammlung: Raubkunst, Restitution und offene Fragen

Sebastian Peters M.A.

Bomann Museum

Mi., 11. Dezember, 17.00

Monatstreffen LIST

Buntes Haus

So., 15. Dezember, 15.00

Literatur-Links

Klönsschnack rund um Sachbuch und Belletristik mit Kaffee, Keksen und Kuchen.

Veranst.: Rosa Luxemburg Club

DGB, Trift 16

Konzerte & Partys

Fr., 01. November, 19.00

Jazz Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 01. November, 20.00

Ryan Sheridan

CDK, ab 25,20

Fr., 08. November, 20.00

Indeed / support: Desmond Lewis

Celle was geht, Eintritt frei

Fr., 08. November, 20.00

Laokoon Quartett

Kunst & Bühne - Eintritt: 15,-/10,-

Sa., 09. November, 20.00

Sedlmaier

MS Loretta, ??

Sa., 09. November, 20.00

Nacht der Trommeln

CDK, ab 15,50

Fr., 15. November, 20.00

Schön Dick Butter

MS Loretta, ??

So., 17. November, 11.00

Blues Serenaders

Kreistagsaal, Eintritt: 15,-/10,-

Sa., 23. November, 20.00

3PM

Morlock – Eintritt frei

Sa., 23. November, 20.00

Uli Wißmann Trio

Wienhausen, Braugasthaus
Mühlengrund – Eintritt frei

Sa., 23. November, 21.00

Glitz´n´Glam - Die 70s-Party mit DJ Heiko & Raymond S.

CDK, 7,00

Do., 28. November, 20.00

Nathan Carter

CDK, ab 32,90

Fr., 29. November, 20.00

Kruppe & Wayne Lost Soul

MS Loretta, ??

Fr., 29. November, 20.00

Never forget - Die Boyband Party

CDK, ??

Fr., 29. November, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 30. November, 20.00

Day of dead Rockstars

CDK, ab 18,00

Sa., 30. November, 20.00

Crazy Circus Motto Party!

Celle - Was geht? DIE BAR

So., 01. Dezember, 17.00

Christoph-Münch-Trio

Nienhagen, St. Laurentius Kirche,
15,00 / 10,00

So., 08. Dezember, 17.00

Nordsnø Ensemble

Neuenhäuser Kirche, Kirchstr.,
15,00 / 10,00

Fr., 13. Dezember, 19.00

Weihnachts-Oldtime-Session

Lindenhof, Wce., Eintritt frei

Sa., 14. Dezember, 20.00

Jugend Big Band "Tonspur"

Pauluskirche, Rostocker Str. 90,
Eintritt frei

Sa., 16. November, 20.00

Marcess & Die Band Der Stunde

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Do., 19. Dezember, 20.00

Basta

CDK, ab 29,60

Fr., 20. Dezember, 20.00

Truck Stop

CDK, ab 41,70

Sa., 21. Dezember, 19.30

Rocktail The Band – The next Generation

CDK, ab 18,60

Mi., 25. Dezember, 21.00

Freedom – The Party

CDK, 7,00

Fr., 27. Dezember, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Mo., 30. Dezember, 20.00

Torfrook

CDK, ab 29,00

Sa., 04. Januar, 20.00

The Keltics

CDK, ab 18,00

URGESTEIN
DER GELLER ROCKMUSIK
Samstag 02.11.2019
ab 20 Uhr

Liebe Musiker, Techniker, etc. aus dem letzten Jahrtausend,
der erste Novembersonntag bleibt für uns reserviert!

Bringt alle eure alten Schätzchen wie Musik,
Aufnahmen, Fotos und sonstige Erinnerungsstücke mit! :-)

Rückmeldungen gerne unter: urgestein@cri-web.de oder 0160/2831570

DIENSTAGS A3 18:30 H CRI - MEETING
Celler Rockmusik- initiative e.V.
Hannoversche Straße 30 d - CD-Kaserne Block 9
www.cri-web.de